

Wassergenossenschaft Berlin

Versuch des Rückkaufs der Berliner Wasserbetriebe

Kongress Solidarische Ökonomie

Technische Universität Berlin

24.-26.11.2006

Referent: Dr. Wolfgang Fabricius

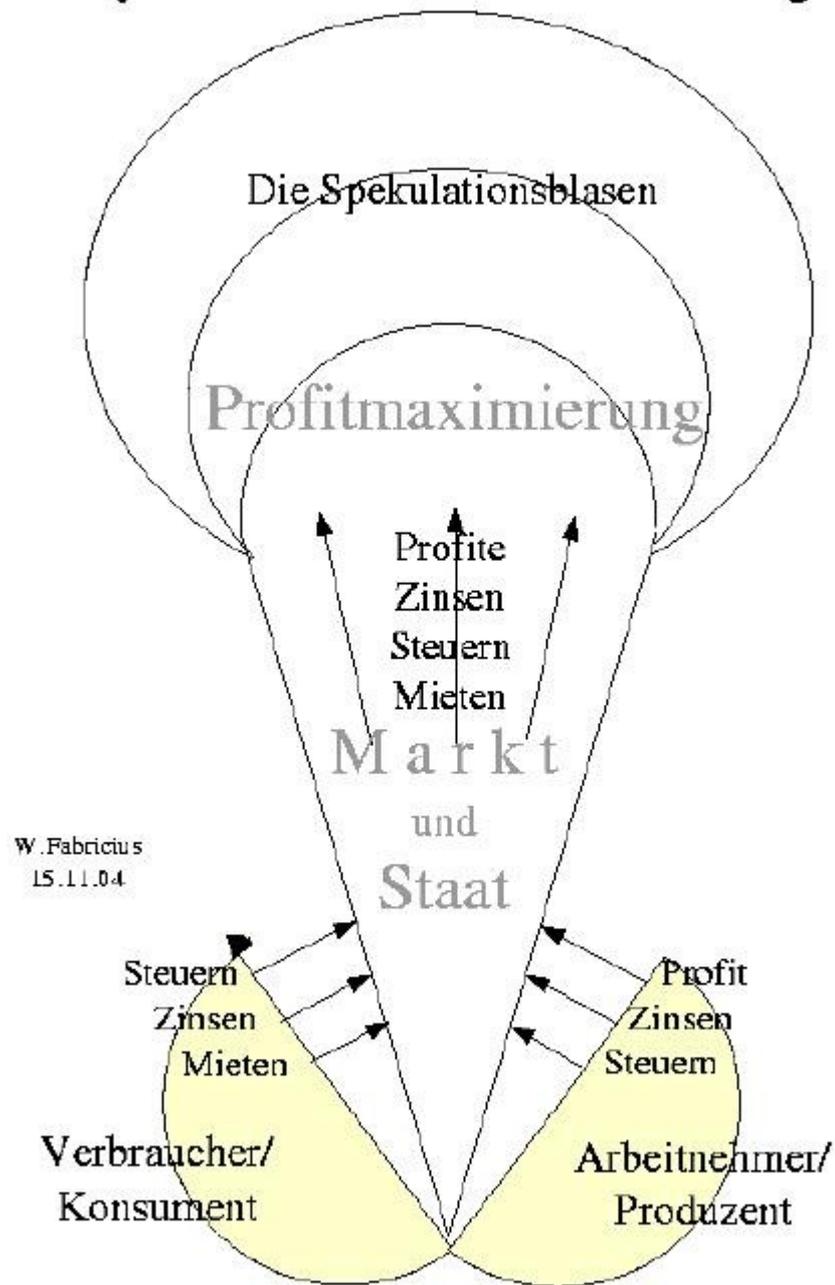
Wolfgang Fabricius: w.fabricius@isp-eg.de

Shareholder-value-Theorie von Jensen und Meckling:

Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten, denn jeder Dollar, den die Manager in Arbeit, Umwelt und öffentliche Belange stecken, nimmt den Aktionären das Recht, über ihr Eigentum zu entscheiden und "ihre" Gewinne etwa in andere Unternehmen anzulegen, die ihnen rentabler erscheinen.

Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre!

Das System der Profitmaximierung



W. Fabricius
15.11.04

Die beiden Teilhälften des durch
den Markt gespaltenen Individuums

Der Anfang vom Ende des Neoliberalismus:

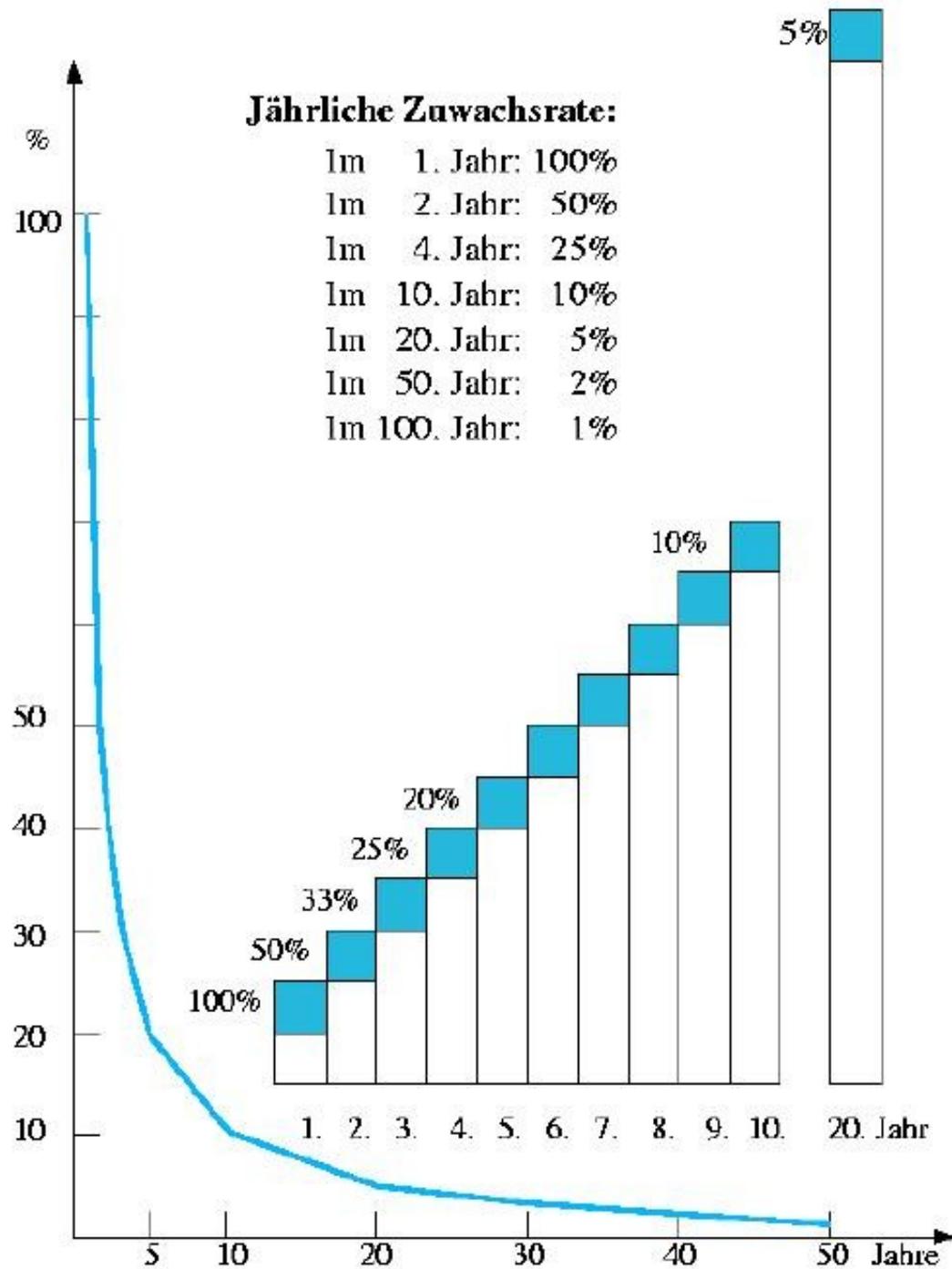
Mehrere Billionen Dollar haben **internationale Fonds** eingesammelt – bei den Reichen der Welt, aber **auch bei Normalbürgern**, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute **Geld mehren** wollen. Rund um den Globus suchen sie nach **Anlagechancen**, sie spekulieren mit **Währungen und Rohstoffen**, **Anleihen und Aktien**.

Sie nehmen **ganze Volkswirtschaften** in die Zange – und zunehmend **auch deutsche Unternehmen**. ...

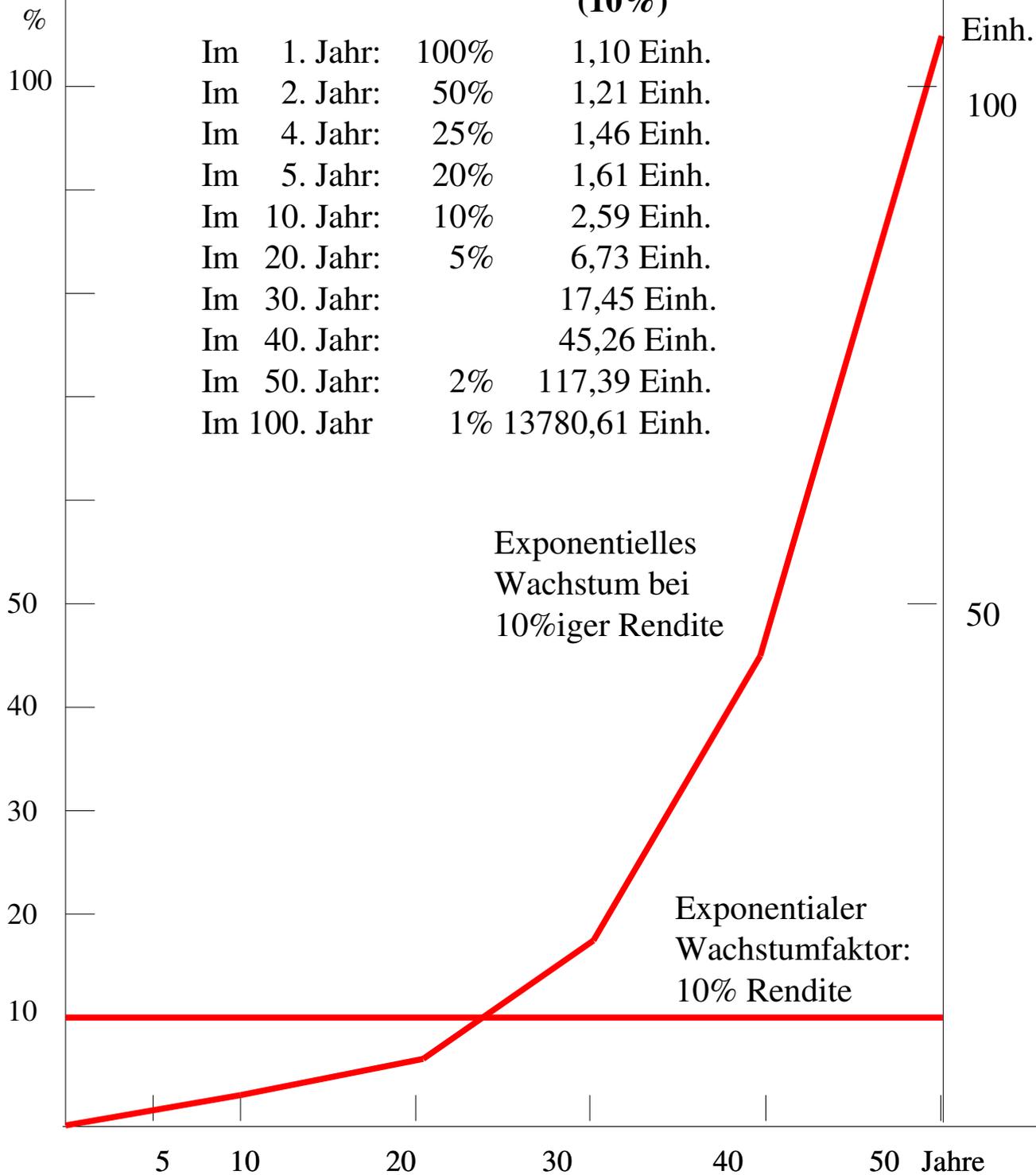
Aber **wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?**

Spiegel 18/2005, S. 131

Abb. 2: Lineares Wirtschaftswachstum



**Linear Exponential
(10%)**



Year	Linear (%)	Exponential (10%) (Einh.)
1. Jahr:	100%	1,10 Einh.
2. Jahr:	50%	1,21 Einh.
4. Jahr:	25%	1,46 Einh.
5. Jahr:	20%	1,61 Einh.
10. Jahr:	10%	2,59 Einh.
20. Jahr:	5%	6,73 Einh.
30. Jahr:		17,45 Einh.
40. Jahr:		45,26 Einh.
50. Jahr:	2%	117,39 Einh.
100. Jahr:	1%	13780,61 Einh.

1. Jahr (1950):	3,5 Mrd. €
8. Jahr (1957):	7 Mrd. €
15. Jahr (1964):	13 Mrd. €
22. Jahr (1971):	26 Mrd. €
29. Jahr (1978):	50 Mrd. €
36. Jahr (1985):	98 Mrd. €
43. Jahr (1992):	191 Mrd. €
50. Jahr (1999):	373 Mrd. €
57. Jahr (2006):	727 Mrd. €

Die Sparda-Bank Berlin eG

schreibt in „sparda-aktuell 04/2006:

Am 12. April 1956 legte unser Partner
Union Investment ihren Unifonds,
einen der ersten Fonds in Deutschland, auf. ...

In 50 Jahren steigerte sich
der Wert einer Anlage

von **10.000 Euro** auf **über 753.000 Euro**,

das entspricht einer Wertentwicklung

von **über 9 Prozent pro Jahr**.

Nettoverteilung des Arbeitsertrages

352 Mrd. € 2.107 Mia. € BIP (x 6,0)

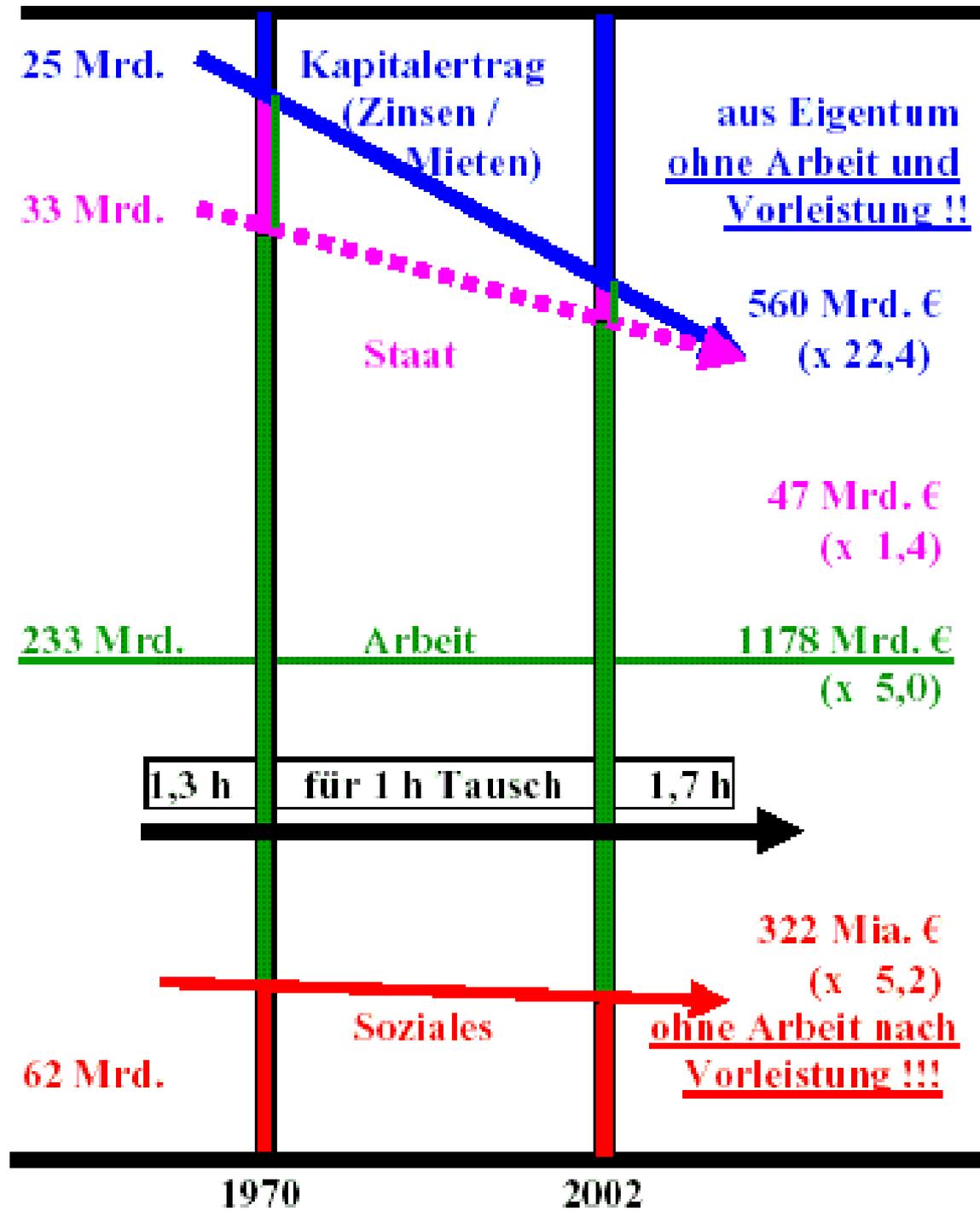
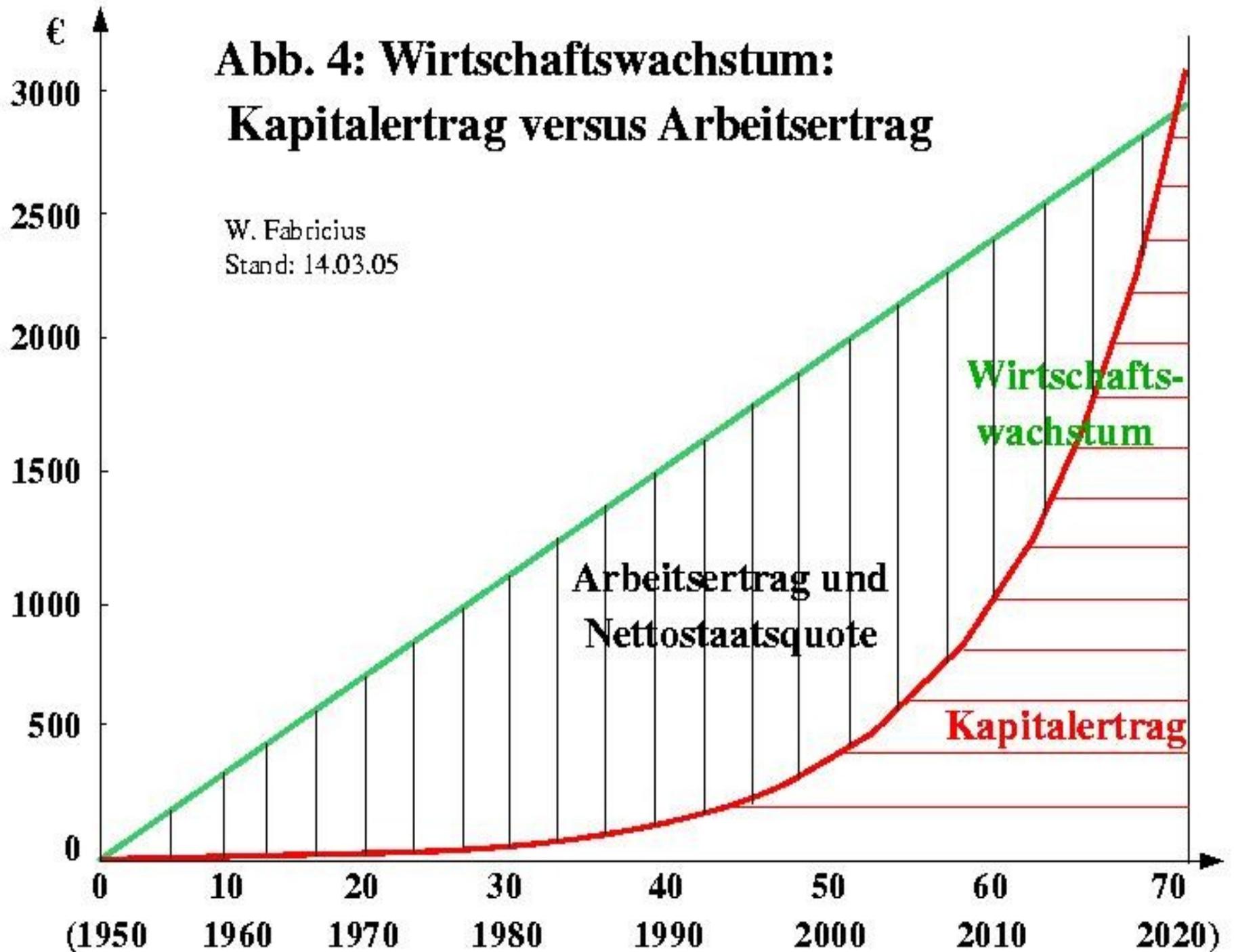
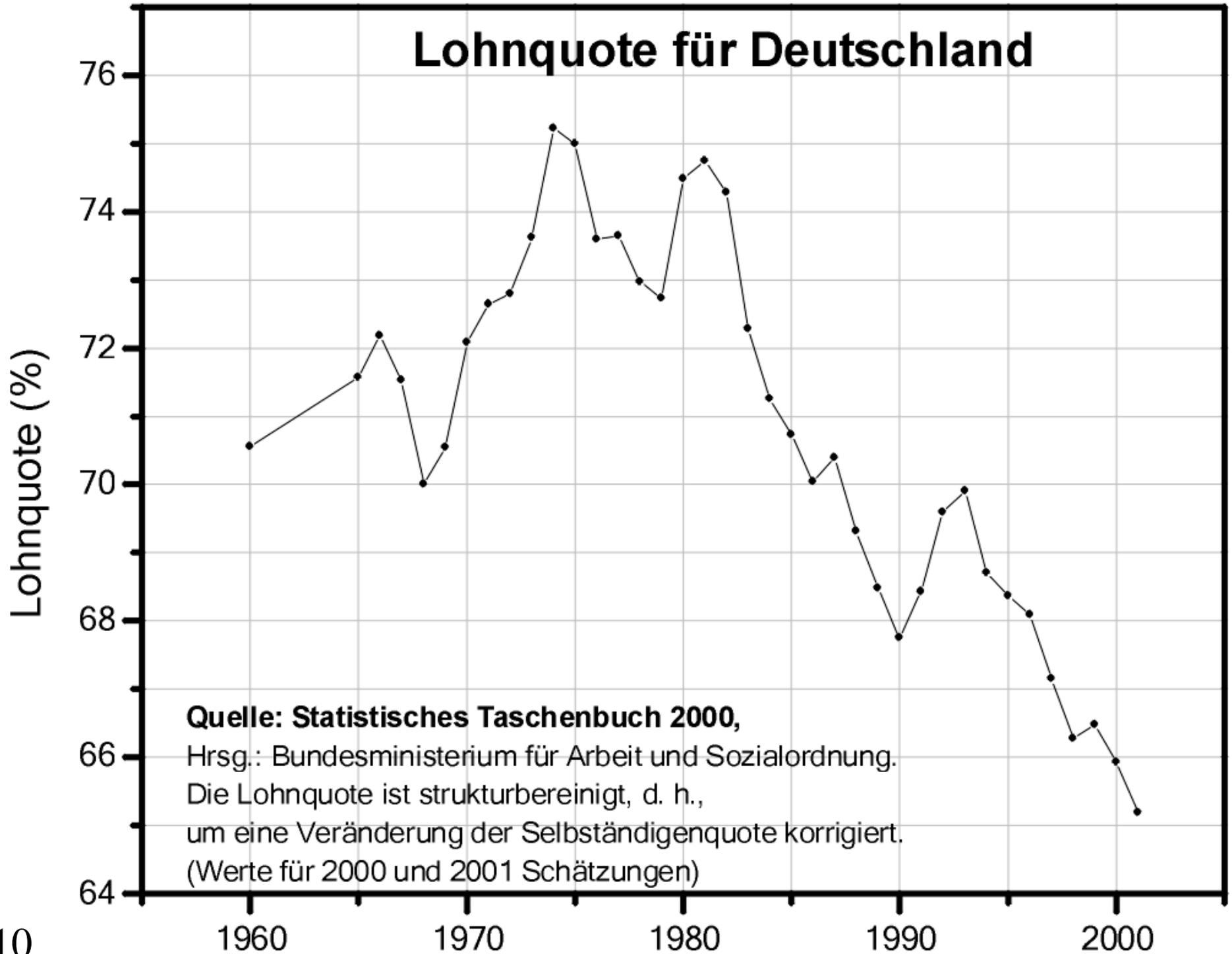


Abb. 4: Wirtschaftswachstum: Kapitalertrag versus Arbeitsertrag

W. Fabricius
Stand: 14.03.05



Lohnquote für Deutschland



Armuts- und Reichstumsbericht der Bundesregierung 2004/5

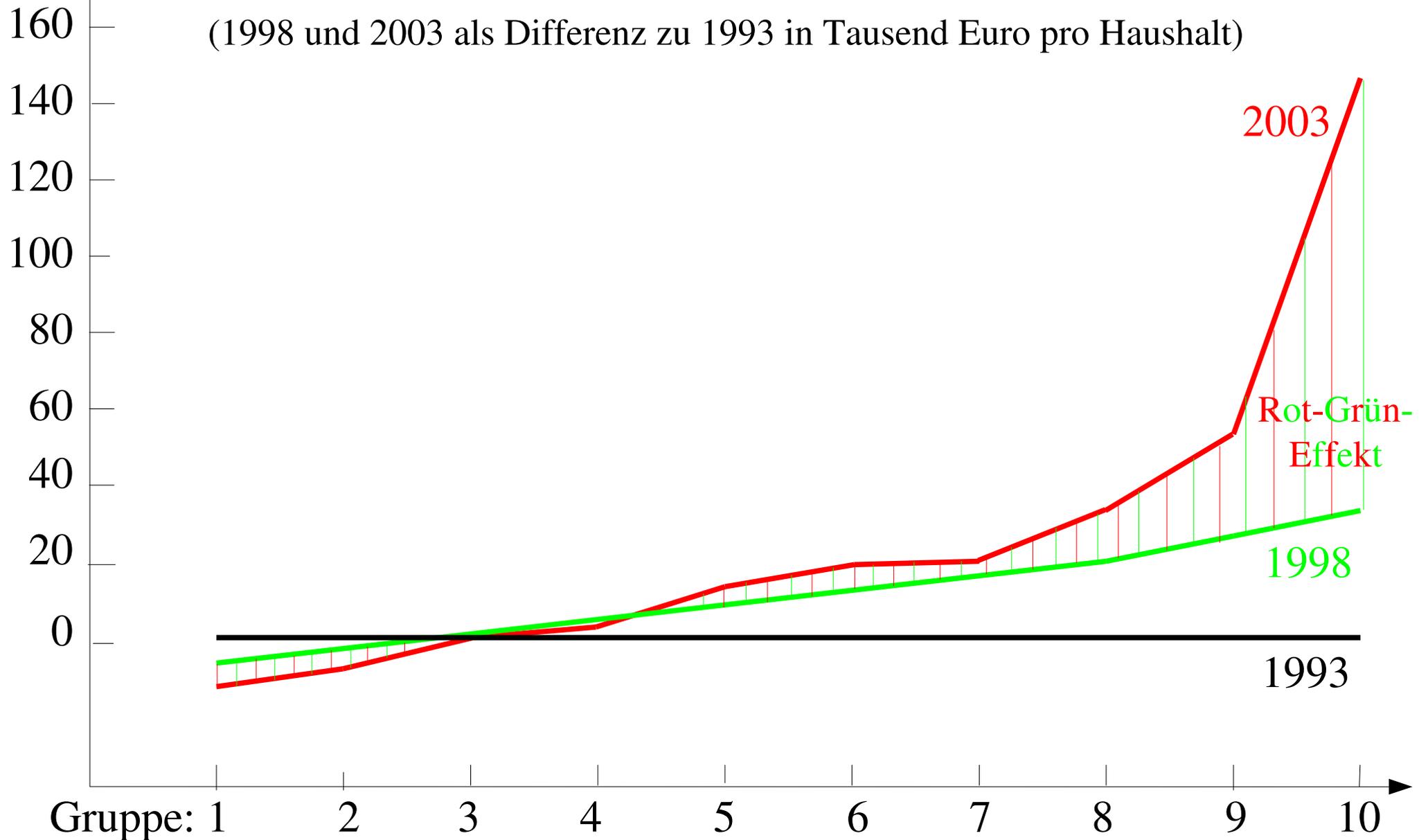
Mittelwerte und Anteile von Zehnteln der Haushalte am gesamten Nettovermögen

Zehntel	Mittelwerte in 1.000 Euro			Anteile		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Deutschland						
1	-2,1	-3,9	-7,9	-0,2%	-0,3%	-0,6%
2	2,4	1,3	0,8	0,2%	0,1%	0,1%
3	6,3	5,9	6,1	0,6%	0,5%	0,5%
4	12,5	13,4	16,2	1,2%	1,2%	1,2%
5	23,9	27,3	34,9	2,3%	2,4%	2,6%
6	50,7	58,5	70,5	4,8%	5,1%	5,3%
7	105,7	112,1	123,6	10,0%	9,9%	9,3%
8	160,3	171,2	190,0	15,1%	15,1%	14,2%
9	227,3	247,0	275,8	21,4%	21,7%	20,7%
10	474,7	504,3	624,1	44,7%	44,4%	46,8%

Verteilung der Armut und des Reichtums

Zahlen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2004/5

(1998 und 2003 als Differenz zu 1993 in Tausend Euro pro Haushalt)



Zitiert nach Klaus Novy (1985):
Etwa um 1910 tritt ein Strategiewechsel der
großen Schutzorganisationen der
Arbeiterschaft ein:

vom abwehrenden Schutz
zum aufbauenden Wirtschaftskampf,
von der Kritik am Kapitalismus
zur „positiven Ökonomie“
sozialer Bewegungen.

Die Mieterschutzvereine gingen
zuerst diesen Weg

Landauer 1913 über Genossenschaften:

Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum
zusammengetan haben, schon

eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien, eine
Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfern.

Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken,
Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre
Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist
wirtschaftliche Macht ... die Arbeitgeber sind die
Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und
beides sind dieselben Personen, und es gibt keine
Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr.

Marx und Engels

im Kommunistischen Manifest (1848):

*„Ist die Ausbeutung des Arbeiters
durch den Fabrikanten*

*so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn
bar ausgezahlt erhält, so fallen*

die anderen Teile der Bourgeoisie

über ihn her, der

Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher

usw.“

Ursprüngliche Genossenschaftstypen

Wohnungsgenossenschaften (Victor Aimee Huber)

Konsumgenossenschaften (Eduard Pfeifer)

Genossenschaftsbanken (G. S. Liedtke)

Landwirtschaftliche Genossenschaften

(Friedrich-Wilhelm Raiffeisen)

Handwerker-genossenschaften

(Hermann Schultze-Delitsch)

Produktivgenossenschaften (Ferdinand Lasalle)

Struktur der Genossenschaften

General-/Mitgliederversammlung

Vorstand/Geschäftsführung

Aufsichtsrat

Genossenschaftsverband

Genossenschaftsprinzipien:

Identitätsprinzip,

Freiwillige und offene Mitgliedschaft,

Demokratische Willensbildung,

Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder,

Autonomie und Unabhängigkeit,

Ausbildung, Fortbildung und Information,

Kooperation mit anderen Genossenschaften und

Vorsorge für die Gemeinschaft der Mitglieder

Die Besonderheit der Konsumgenossenschaften

bestand darin, dass sich nichtbesitzende lohnabhängige Konsumenten zusammenschlossen und durch die Einlage vieler kleiner Beiträge Kapital zum Nutzen gemeinsamer Interessen einsetzten. Je mehr Konsumenten gewonnen werden konnten, desto höhere Preisnachlässe konnten beim Einkauf erzielt werden und wenn von den Konsumgenossenschaften die Produktion eines ganzen Betriebes abgenommen wurde, konnten durch die Übernahme dieses Betriebes weitere Einsparungen erzielt werden. So wurde in kleinen Schritten der profitmaximierende Markt vom Konsumenten aus seinem eigenen Umfeld verdrängt.

Franz Oppenheimers "Transformationsgesetz" von 1894

Produktivgenossenschaften waren (und sind) im Gegensatz zu den Verbraucher-/Konsumgenossenschaften **in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:**

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung aber nicht von ihren Mitarbeitern, die ja auch Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einnahmequelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten am Hals und standen sich schlechter als die „regulären“ Arbeitslosen. Sie mussten in praktisch allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.

2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, statt neue Mitglieder anzuwerben, Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten und hatten damit zwei unterschiedliche Mitarbeitergruppen („Eigentümer“ und Angestellte) mit den entsprechenden Auseinandersetzungen.

Genossenschaften in der BRD

Jahrgang		1960		1980		2000	
Typus		Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %
Kredit- und Banken	Unternehmen	11.676	43,0	4.267	36,5	2.053	22,9
	Mitglieder*	3.855	39,3	9.105	69,1	14.834	
Ländliche Waren-, Verwertungs- u. Dienstleistungen	Unternehmen	12.025	44,3	5.227	44,8	3.961	41,2
	Mitglieder*	2.016	20,5	1.555	11,8	970	
Gewerbliche u. Dienstleistung	Unternehmen	1.447	5,3	804	6,9	1.422	15,1
	Mitglieder*	257	2,6	232	1,8	260	
darunter Produktiven.	Unternehmen	(?) 50		28			
	Mitglieder						
Verkehrsgenossenschaften	Unternehmen	72	0,3	71	0,6		
	Mitglieder*	18	0,2	14	0,1		
Konsumgenossenschaften	Unternehmen	272	1,0	94	0,8	46	0,5
	Mitglieder*	2.585	26,3	665	5,0	880	
Wohnungsbaugenossenschaften	Unternehmen	1.653	6,1	1.217	10,4	2.002	20,3
	Mitglieder*	1.081	11,0	1.613	12,2	2.953	
Genossen. insgesamt	Unternehmen	27.145		11.680		7.000	
	Mitglieder*	9.812		13.184		20.000	

(*)=in 1000

Quelle: Deutsche Genossenschaftsbank (1984). Statistischer Teil und Deutsche Zentralbank (2000).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, 2004:

In der Europäischen Union gibt es **mindestens 300.000 Genossenschaften**, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von **über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.**

Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken

Gegenstand der Nachweisung	2003	2004	2005
----------------------------	------	------	------

in jeweiligen Preisen, Mrd. EUR

Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	186,90	189,97	194,67
Bekleidung und Schuhe	66,39	66,66	65,54
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	289,23	295,89	305,48
Einrichtungsgegenstände, Geräte für den Haushalt	87,47	88,85	88,60
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	200,00	206,94	209,06
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	115,48	117,07	117,05
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	65,09	65,13	65,41
Übrige Verwendungszwecke	207,10	213,57	216,08
Konsumausgaben der priv. Haushalte im Inland	1217,66	1244,08	1261,89

© Statistisches Bundesamt Deutschland 2005

Aktualisiert am 22. Februar 2006

**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes
Deutschland
Konsumausgaben der privaten Haushalte**

Verwendungszwecke	Jahr				
	2001	2002	2003	2004	2005
in jeweiligen Preisen (Mrd. EUR)					
Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	279,25	281,56	289,20p	295,24p	305,06p
Wasserversorgung u.a. Dienstleistungen f. Wohnungen	29,72	28,64	28,05p	28,26p	28,25p
Strom, Gas und andere Brennstoffe	47,13	45,16	48,49p	49,47p	54,72p
Strom	18,96	20,05	22,08p	22,82p	24,33p
Gas	14,63	13,44	14,64p	14,82p	16,03p
Flüssige Brennstoffe (Leichtes Heizöl)	9,59	7,71	7,76p	7,88p	10,15p
Feste Brennstoffe	1,06	1,24	1,21p	1,10p	1,14p
Zentralheizung, Fernwärme	2,89	2,72	2,80p	2,85p	3,07p

Wasserabsatz in Berlin:

	1992	1994	1996	1998	2000	2001	2002	2003	2004
Einwohner Berlin (Millionen)	3,47	3,47	3,46	3,40	3,33	3,39	3,39	3,39	3,39
Absatz gesamt (Mio m ³)	270	246	229	217	212	209	207	214	201
Absatz Haushalte	174	169	161	156	152	153	149	157	144
Absatz Gewerbe und Industrie (Mio m ³)	40,0	31,3	26,5	23,9	23,0	21,9	23,0	22,1	26,6
Absatz Sonstige (Mio m ³)	54,0	43,4	38,7	34,3	33,5	31,0	31,5	31,3	27,2
Absatz Umland (Mio m ³)	2,4	3,0	2,8	3,1	3,2	3,1	3,2	3,8	3,1
Haushaltsnutzung pro Person und Tag (l/Ed)	138	134	128	127	126	124	121	127	117
Gesamtnutzung pro Person und Tag (l/Ed)	214	195	181	170	172	167	165	170	160

Tarife 2006

Der Wasserpreis beträgt	2,158 €/m ³
Umsatzsteuer 7%	0,151 €/m ³
gesamt	2,309 €/m ³
Das Schmutzwasserentgelt beträgt	2,465 €/m ³
Das Niederschlagswasserentgelt beträgt	1,533 €/m ² /a

Veröffentlicht im Amtsblatt von Berlin, Nr. 64 vom 30. 12. 2005

BWB	Vor der Privatisierung (1996)	(Nach der Privatisierung (2005)
Umsatzerlöse	1.133.000.000,00 €	1.104.272.000,00 €
Investitionen	590.700.000,00 €	298.000.000,00 €
Personalaufwand	291.500.000,00 €	266.222.000,00 €
Abschreibungen	289.600.000,00 €	229.609.000,00 €
Materialaufwand	252.800.000,00 €	288.758.000,00 €
Zinsen	86.283.000,00 €	112.112.000,00 €
Zahl der Mitarbeiter	7.087	5.135
Jahresüberschuß	56.845.000,00 €	84.918.000,00 €
Trinkwasserpreis in € pro m ³ (ohne 7% Umsatzsteuer)	1,30 € (1995)	2,069 € (2005) 2,158 € (2006)
Abwasserpreis in € pro m ³	2,27 € (1995)	2,452 € (2005) 2,465 € (2006)
Wasserpreis gesamt	3,57 € (1995)	4,52 € (2005) 4,63 € (2006)

Verteilung der Gewinnanteile

Jahr	Gewinnanteil Private (auf den Anteil von 49,9 %)	Gewinnanteil Berlin (auf den Anteil von 50,1 %)
2000	84.090.000,00 €	37.940.000,00 €
2001	76.590.000,00 €	0,00 €
2002	78.330.000,00 €	0,00 €
2003	120.686,000,00 €	107.600.000,00 €
2004	134.005.000,00 €	38.800.000,00 €
2005	127.373.000,00 €	35.800.000,00 €
2006 Plan	137.000.000,00 €	75.000.000,00 €
Summe	758.074.000,00 €	295.140.000,00 €

Wassergenossenschaften:

Die älteste und größte Deutschlands:

Emschergenossenschaft

Die erste in den neuen Bundesländern:

Wassergenossenschaft Hartau

Die erste die Investoren entzgen werden sollte:

Wassergenossenschaft Ellerhoop

Rückkaufpreis pro Bürger

Bei einer Einwohnerzahl

von etwa 3,4 Mio.

und einem Kaufpreis

von 1,687 Mrd. Euro

würde auf jeden Bürger Berlins

ein Rückkaufpreis von

ca. 500 Euro entfallen.

Kreditaufnahme

Bei Abzahlung eines vom Bürger selbst oder von der Genossenschaft für ihn hierfür aufgenommenen **Kredits von 500 Euro** und einer **Verzinsung von 5% pro Jahr** müssten **über 14 Jahre** von jedem Bürger **monatlich 4 Euro** aufgebracht werden.

Nichtmitglieder der Genossenschaft würden eine **Grundgebühr von 4 Euro** pro Monat entrichten.

Rückkaufpreis pro Haushalt

In Berlin gibt es etwa **1,878 Mio. Haushalte**.

Pro Haushalt würden sich

Übernahmekosten von ca. 890 Euro ergeben.

Ein hierfür aufgenommener

Kredit von 890 Euro könnte bei einer

Verzinsung von **5%** pro Jahr

über **17 Jahre** von jedem Bürger mit

monatlich 6,50 Euro abbezahlt werden.

Bürgeräquivalente

Etwa 27% des Berliner Wassers werden von Gewerbe, Industrie und weiteren Abnehmern verbraucht. Die Bürger bzw. Haushalte müssten deshalb nur etwa 70% der Rückkaufkosten tragen. Die Geschäftsanteile für Arbeitslose übernimmt - als Kautions - der Staat.

Friedrich August von Hayek, MPS, 1981:

„Eine freie Gesellschaft benötigt
moralische Bestimmungen,
die sich letztendlich darauf
zusammenfassen lassen,
dass sie Leben erhalten:

nicht die Erhaltung aller Leben,

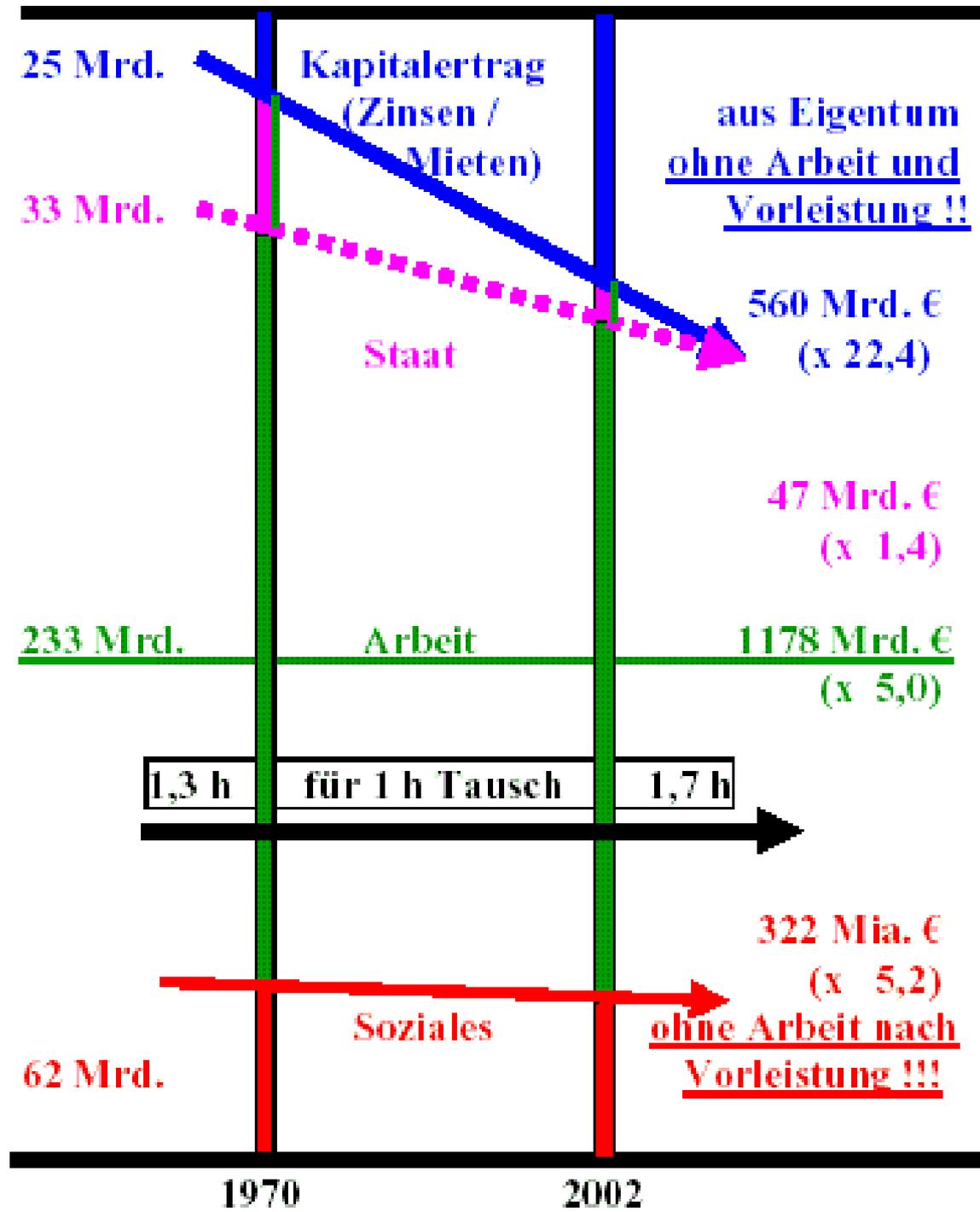
weil es notwendig sein kann,

individuelles Leben zu opfern,

um eine größere Zahl von anderen Leben zu erhalten.“

Nettoverteilung des Arbeitsertrages

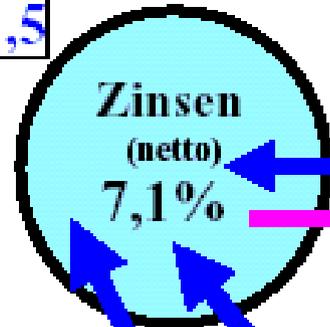
352 Mrd. € 2.107 Mia. € BIP (x 6,0)



100% BIP 1970 = 352 Mia. €

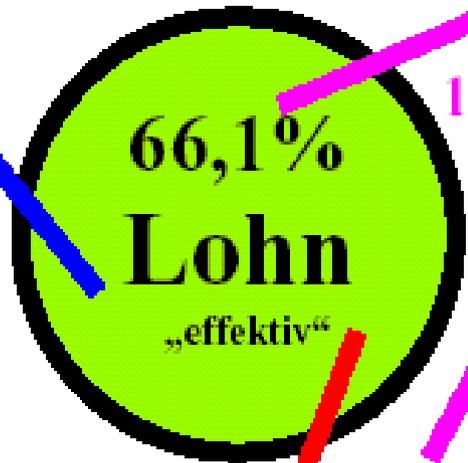
Zinsquote (Brutto)

11,5



(Brutto) Steuerquote

23,5

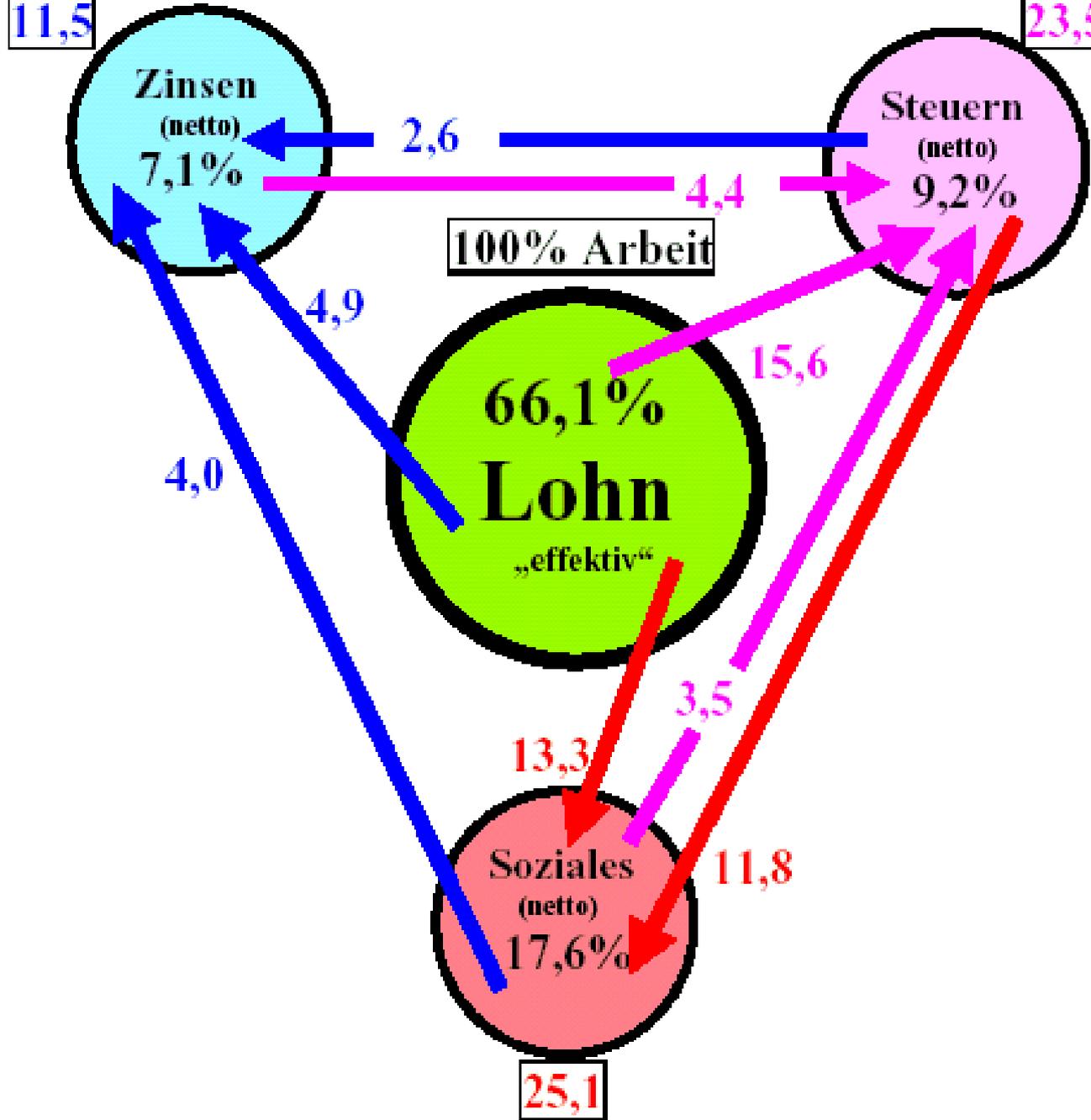


100% Arbeit



25,1

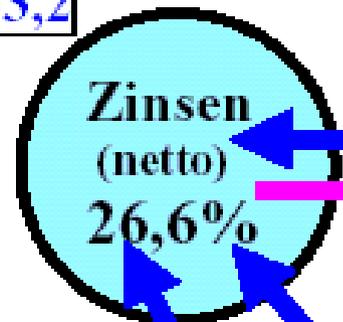
Sozialquote (Brutto)



100% BIP 2002 = 2.107 Mia. €uro

Zinsquote (brutto)

33,2

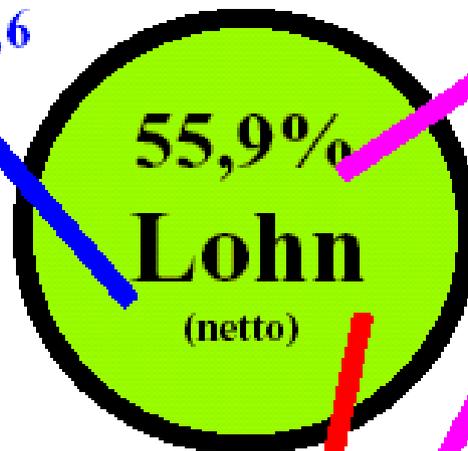


(brutto) Steuerquote

22,6



100% Arbeit



32,5

Sozialquote (brutto)

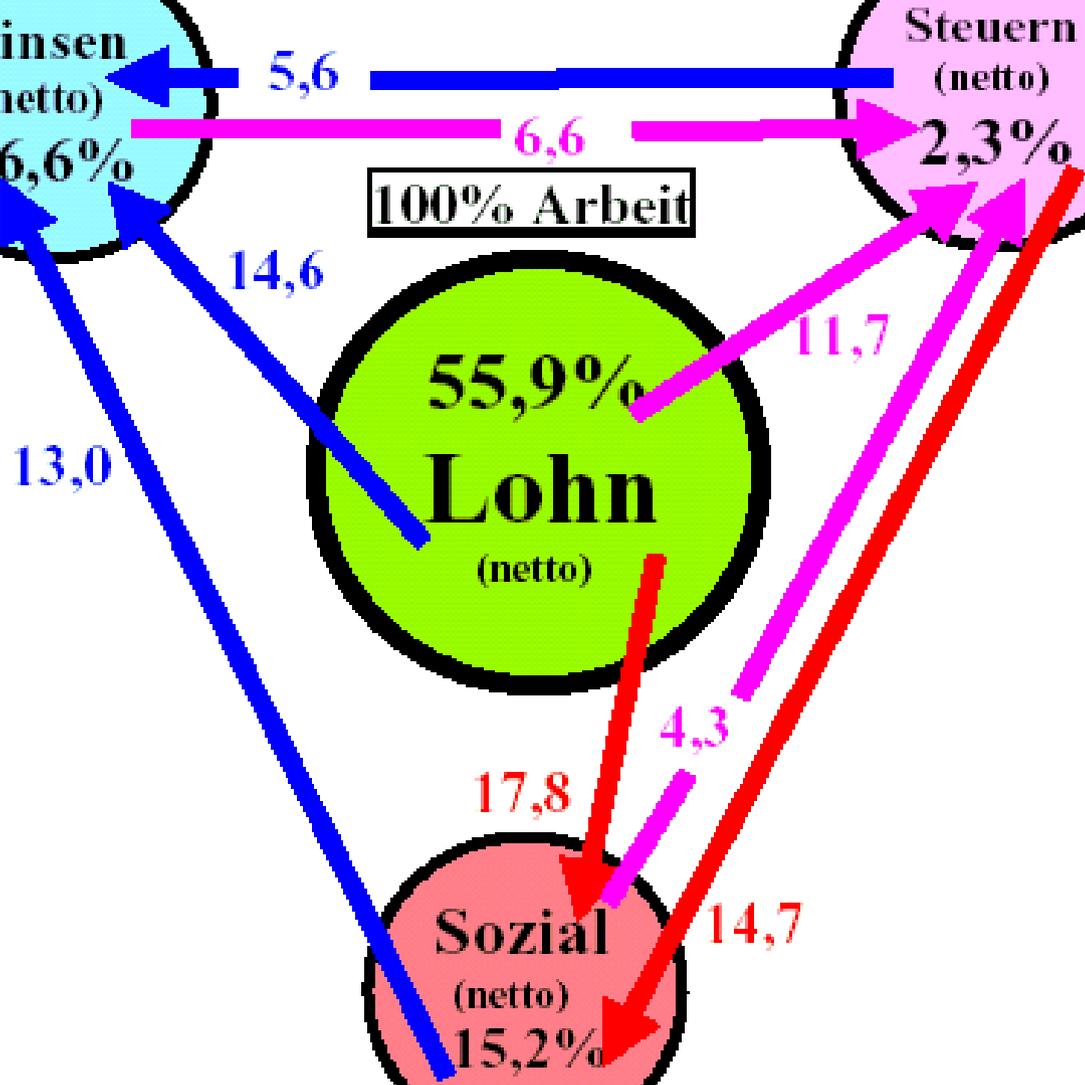
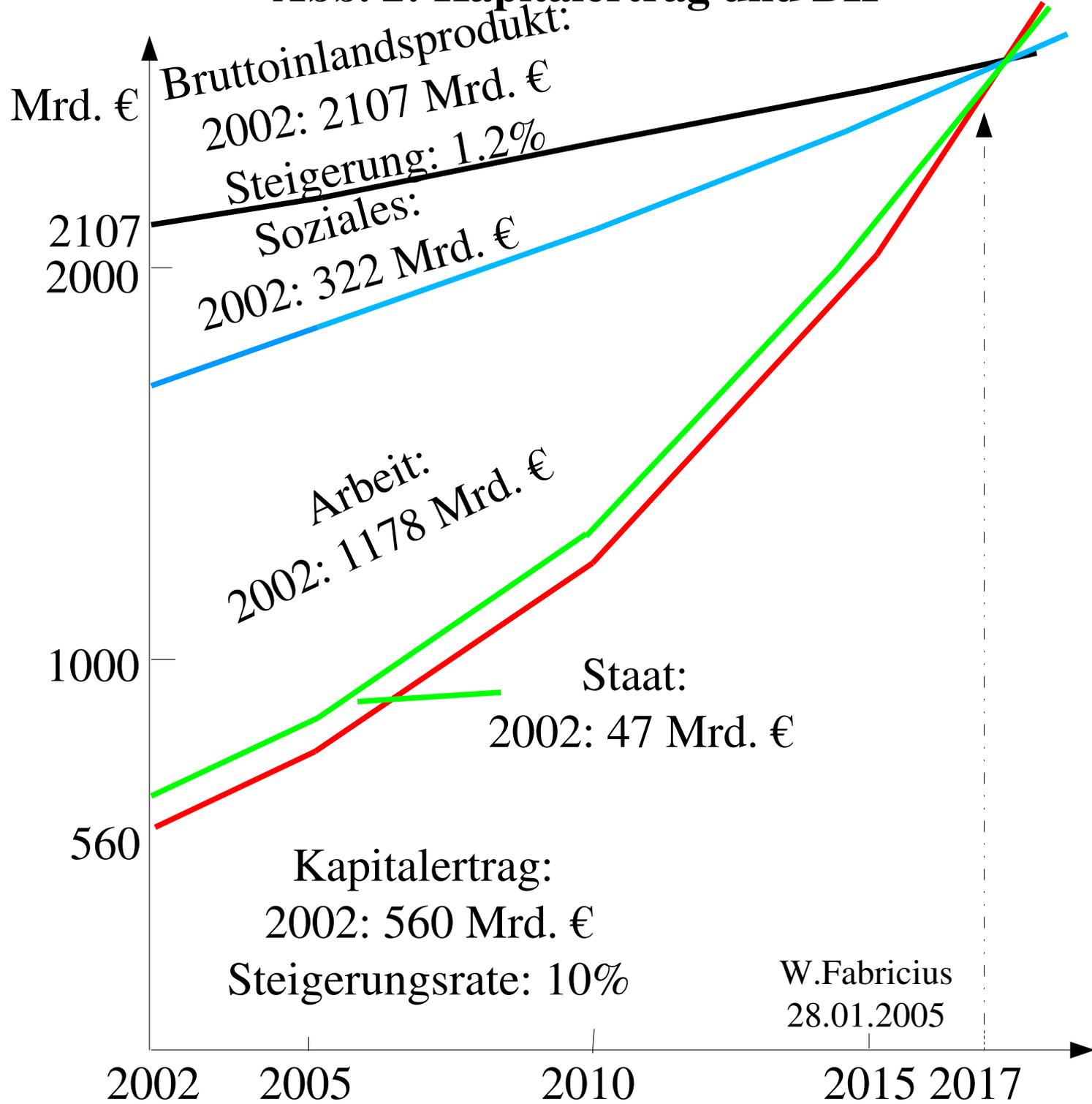


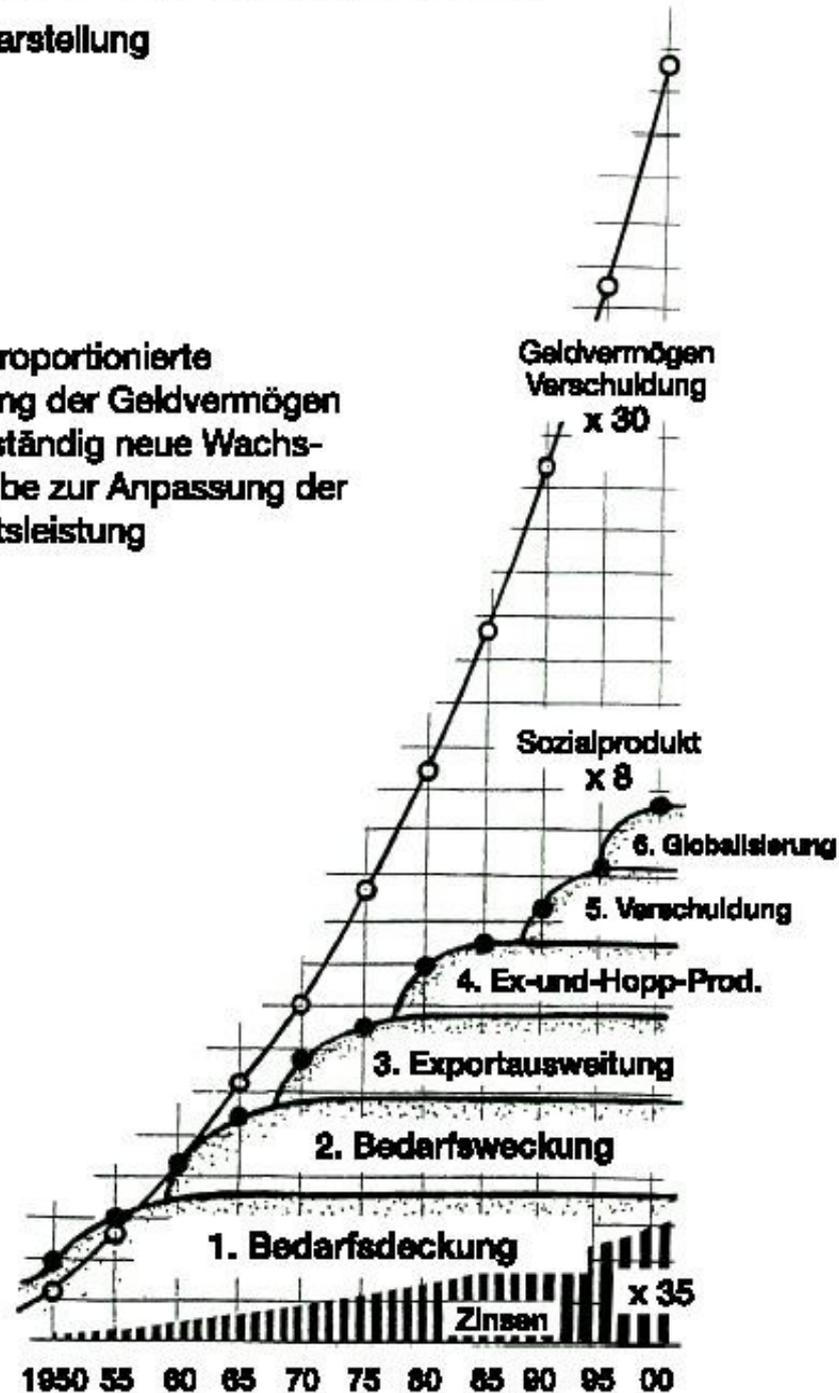
Abb. 2: Kapitalertrag und BIP



Wachstum und Geldvermögen

Schemadarstellung

Die überproportionierte Entwicklung der Geldvermögen erzwingt ständig neue Wachstumsschübe zur Anpassung der Wirtschaftsleistung



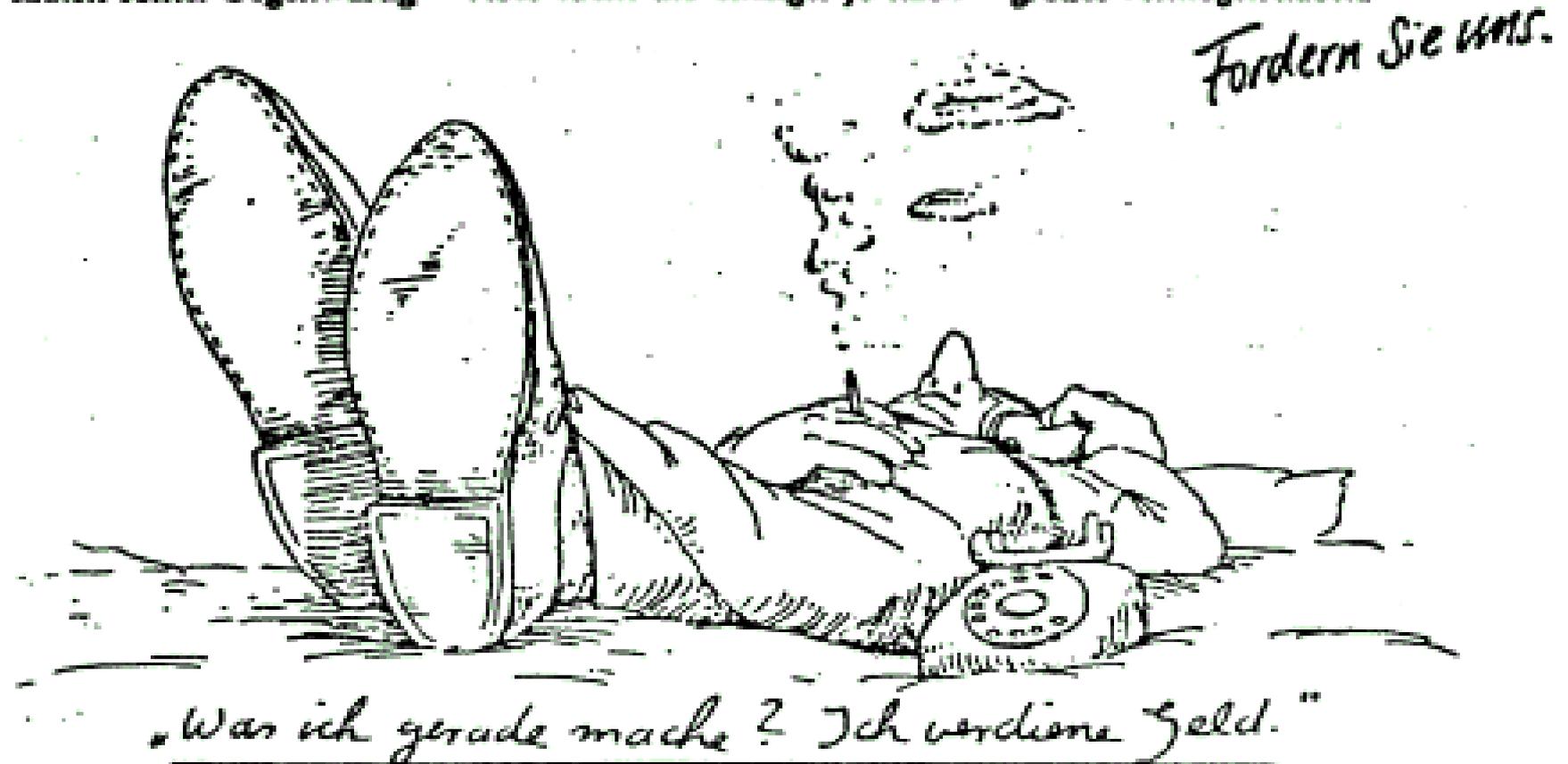
Wie Sie zu Geld kommen, ohne einen Finger krumm zu machen.

Bereits mit 1.000 Mark können Sie einen BfG:Kapitalsparbrief kaufen. Vier Jahre lang bekommen Sie feste und zugleich hohe Zinsen, die sich nicht ändern, auch wenn das allgemeine Zinsniveau sinken sollte. Gegenwärtig

liegt der Zinssatz bei neun Prozent jährlich.

Der BfG:Kapitalsparbrief ist eine Möglichkeit, wie Sie bei uns Ihr Geld ohne ein Kursrisiko mit guten Renditen anlegen können. Aber nicht die einzige: Je nach

Ihrer persönlichen Situation und Ihren Anlagezielen gibt es verschiedene Wege, Ihr Geld etwas dazuverdienen zu lassen. Wir rechnen das gern mal mit Ihnen durch – auch wenn Sie kein großes Vermögen haben.



Armuts- und Reichstumsbericht der Bundesregierung 2004/5

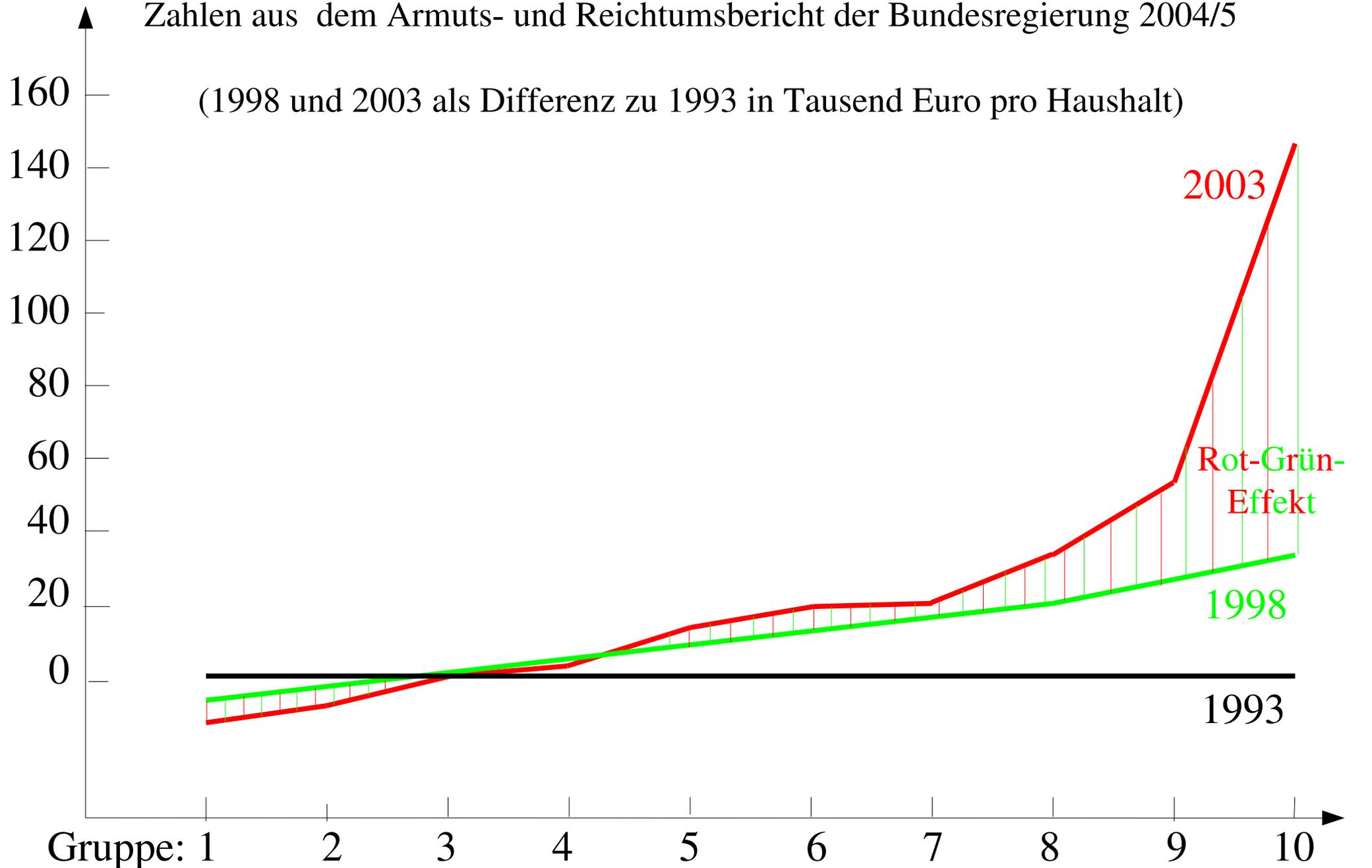
Mittelwerte und Anteile von Zehnteln der Haushalte am gesamten Nettovermögen

Zehntel	Mittelwerte in 1.000 Euro			Anteile		
	1993	1998	2003	1993	1998	2003
Deutschland						
1	-2,1	-3,9	-7,9	-0,2%	-0,3%	-0,6%
2	2,4	1,3	0,8	0,2%	0,1%	0,1%
3	6,3	5,9	6,1	0,6%	0,5%	0,5%
4	12,5	13,4	16,2	1,2%	1,2%	1,2%
5	23,9	27,3	34,9	2,3%	2,4%	2,6%
6	50,7	58,5	70,5	4,8%	5,1%	5,3%
7	105,7	112,1	123,6	10,0%	9,9%	9,3%
8	160,3	171,2	190,0	15,1%	15,1%	14,2%
9	227,3	247,0	275,8	21,4%	21,7%	20,7%
10	474,7	504,3	624,1	44,7%	44,4%	46,8%

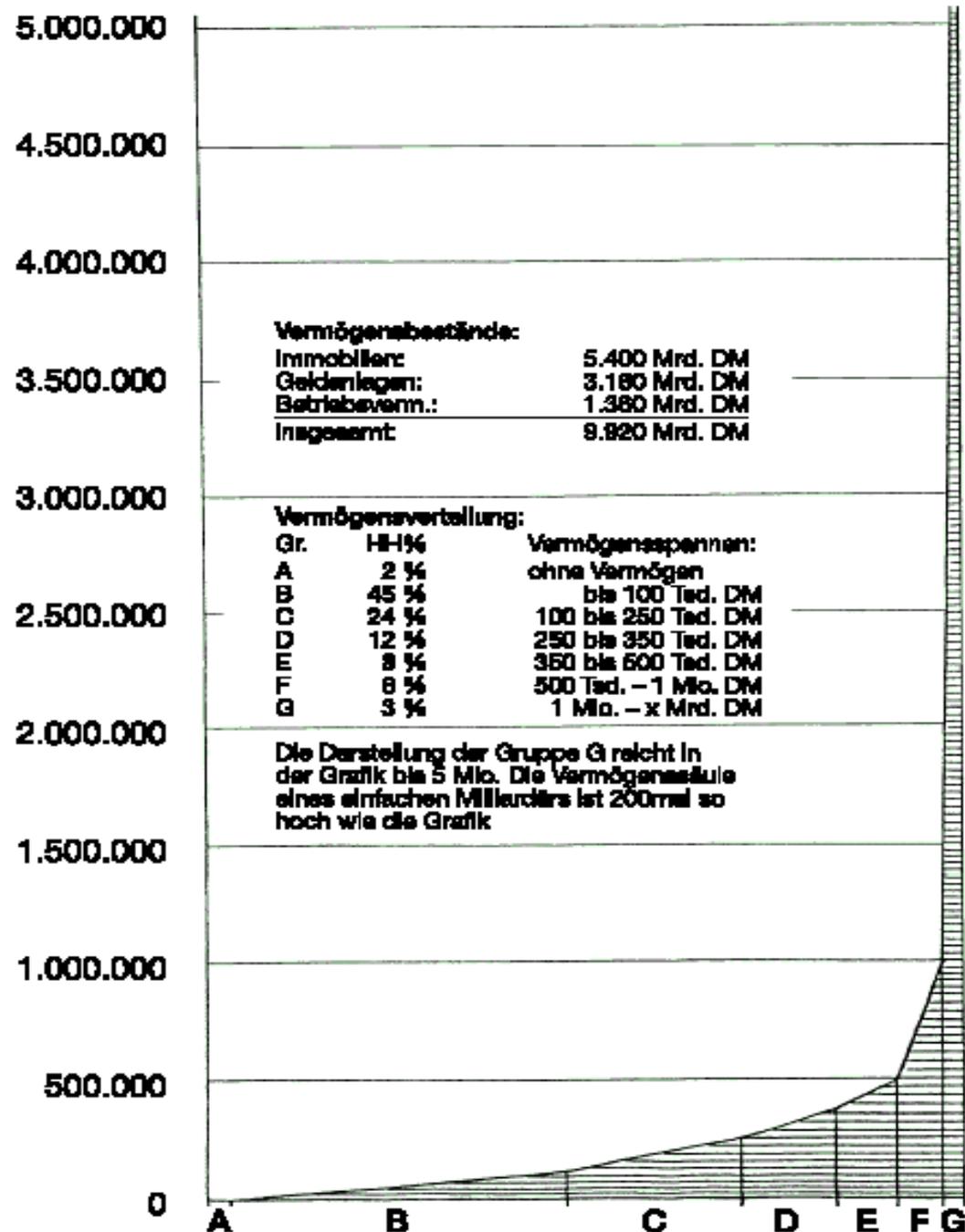
Verteilung der Armut und des Reichtums

Zahlen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2004/5

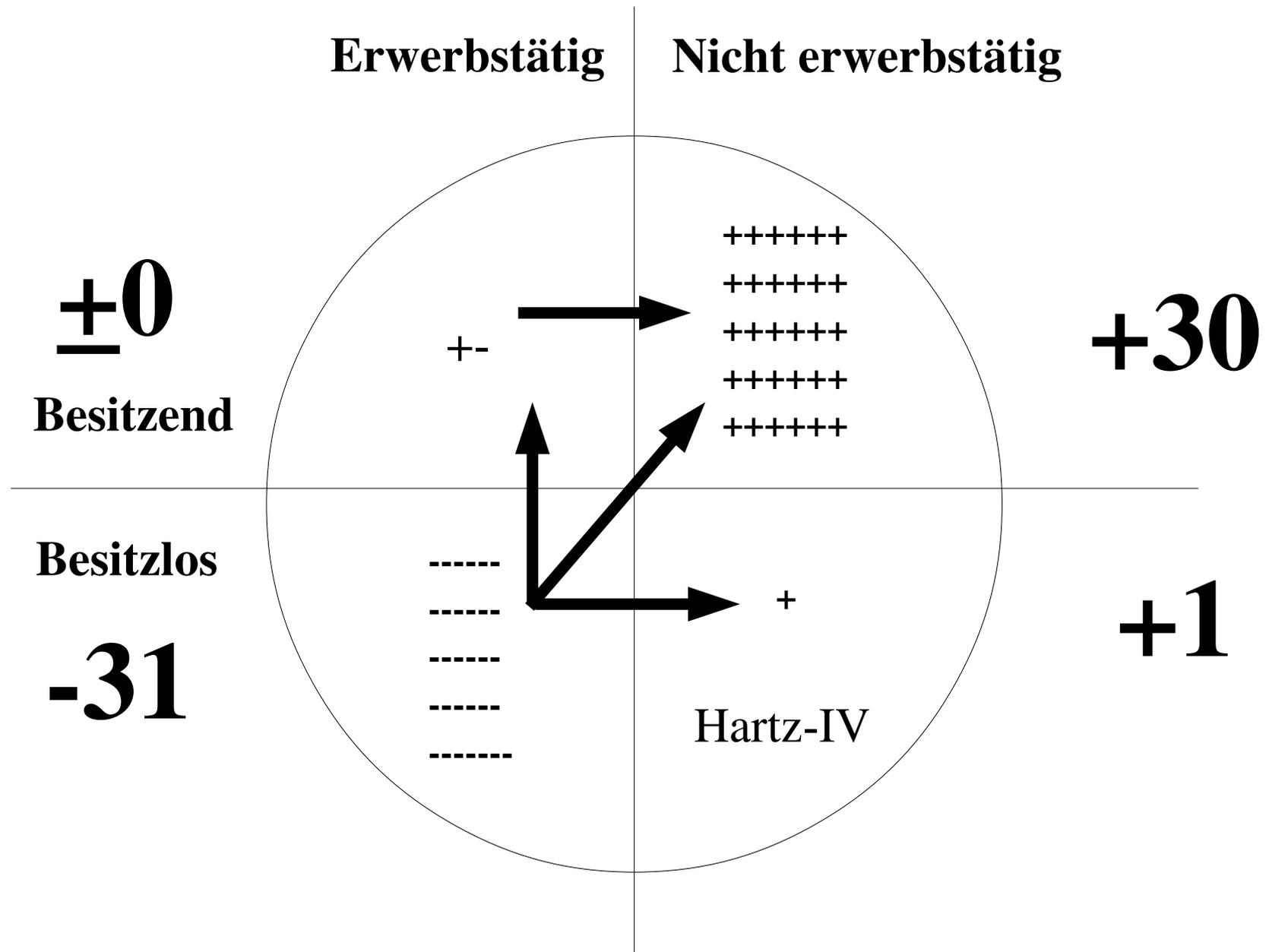
(1998 und 2003 als Differenz zu 1993 in Tausend Euro pro Haushalt)



Privatvermögen in Deutschland Bestände und Verteilung, 1993



Bundesrepublikanisches Umverteilen



Klassische Industrie: Die 20 besten Regionen Europas

Rang	Land	Region	Arbeitnehmerentgelte ¹	Produktivität ²	Arbeitsstunden ³	Unternehmenssteuern ⁴
1	Estland	Põhja-Eesti	392	15626	1768	0
2	Estland	Kesk-Eesti	392	15626	1768	0
3	Estland	Lääne-Eesti	392	15626	1768	0
4	Estland	Lõuna-Eesti	392	15626	1768	0
5	Estland	Kirde-Eesti	392	15626	1768	0
6	Irland	Dublin	2901	87963	1916	12,5
7	Irland	Mid-East	2901	87963	1916	12,5
8	Irland	South-East	2901	87963	1916	12,5
9	Irland	Mid-West	2901	87963	1916	12,5
10	Irland	South-West	2901	87963	1916	12,5
11	Polen	Jeleniogorsko-walbrzyski	741	27943	1850	19
12	Polen	Centralny Slaski	809	25097	1850	19
13	Irland	Border	2231	47980	1916	12,5
14	Irland	West	2231	47980	1916	12,5
15	Polen	Poludniowoslaski	809	25097	1850	19
16	Irland	Midland	2231	47980	1916	12,5
17	Tschechien	Moravskoslezsky	566	28238	1785	24
18	Tschechien	Ustecky	544	27303	1785	24
19	Ungarn	Gyor-Moson-Sopron	533	30411	1755	18
20	Litauen	Vilniaus (Apskritis)	405	18322	1744	15
669	Westdeutschl.	Esslingen	3365	54137	1601	38,7
670	Westdeutschl.	Stuttgart	3365	54137	1601	38,7
833	Ostdeutschl.	Leipzig	2168	31371	1601	38,7
856	Ostdeutschl.	Berlin-Ost	3197	44626	1601	38,7

Durchschnittswerte jeweils für Beschäftigte in der Industrie: 1 in Euro pro Monat; 2 Bruttowertschöpfung in Euro pro Jahr; 3 pro Jahr. 4 in Prozent.

Die angegebenen Kriterien sind nur eine Auswahl des gesamten Katalogs. Weitere Informationen zu Standortstudie und Methode finden Sie [hier](#).

Quelle: Contor GmbH.

Hochtechnologie: Die 20 besten Regionen Europas

Rang	Land	Region	Arbeitnehmerentgelte ¹	Produktivität ²	Arbeitsstunden ³	Unternehmenssteuern ⁴	Beschäftigtenanteil ⁵
1	Irland	Mid-East	2707	112913	1880	12,5	0,0788
2	Irland	Dublin	2707	112913	1880	12,5	0,0788
3	Irland	South-East	2707	112913	1880	12,5	0,0788
4	Irland	Mid-West	2707	112913	1880	12,5	0,0788
5	Irland	South-West	2707	112913	1880	12,5	0,0788
6	Irland	Border	2179	57253	1880	12,5	0,0806
7	Irland	West	2179	57253	1880	12,5	0,0806
8	Irland	Midland	2179	57253	1880	12,5	0,0806
9	Estland	Põhja-Eesti	369	14552	1773	0	0,0941
10	Estland	Kesk-Eesti	369	14552	1773	0	0,0941
11	Österreich	Rheintal-Bodenseegebiet	2748	54559	1750	25	0,1299
12	Österreich	Linz-Wels	2857	62155	1750	25	0,1180
13	Österreich	Steyr-Kirchdorf	2857	62155	1750	25	0,1180
14	Großbritannien	Hallon and Warrington	3329	81295	1872	30	0,0898
15	Ungarn	Fejer	622	28885	1751	18	0,1281
16	Estland	Kirde-Eesti	369	14552	1773	0	0,0941
17	Ungarn	Veszprem	622	28885	1751	18	0,1281
18	Österreich	Salzburg und Umgebung	2725	60833	1750	25	0,0789
19	Österreich	Graz	2758	58599	1750	25	0,0928
20	Großbritannien	West Cumbria	3329	122431	1872	30	0,0523
443	Westdt.	Bremen	3726	62350	1586	38,7	0,1063
471	Westdt.	Ostalbkreis	3469	52364	1586	38,7	k.A.
491	Westdt.	Esslingen	3469	52364	1586	38,7	k.A.
594	Ostdt.	Merseburg-Querfurt	2294	37155	1586	38,7	k.A.
610	Ostdt.	Magdeburg	2294	37155	1586	38,7	k.A.
660	Ostdt.	Stendal	2294	37155	1586	38,7	k.A.

Durchschnittswerte jeweils für Beschäftigte im Bereich Hochtechnologie:

1 in Euro pro Monat; 2 Bruttowertschöpfung in Euro pro Jahr; 3 pro Jahr.

4 in Prozent. 5 Bevölkerungsanteil der Beschäftigten im Hightech-Bereich.

Die angegebenen Kriterien sind nur eine Auswahl des gesamten Katalogs. Weitere Informationen zu

Standortstudie und Methode finden Sie [hier](#).

Quelle: Contor GmbH.

Dienstleistung: Die 20 besten Regionen Europas

Rang	Land	Region	Arbeitnehmerentgelte ¹	Arbeitsstunden ²	Unternehmenssteuern ⁴	Arbeitslosen-zahl ⁵	Beschäftigten-anteil ³
1	Estland	Põhja-Eesti	489	1836	0	30700	0,2492
2	Estland	Lõuna-Eesti	489	1836	0	20700	0,2492
3	Estland	Lääne-Eesti	489	1836	0	9400	0,2492
4	Estland	Kesk-Eesti	489	1836	0	8000	0,2492
5	Estland	Kirde-Eesti	489	1836	0	23200	0,2492
6	Lettland	Kuzeme	352	1879	15	66300	0,2638
7	Lettland	Riga	352	1879	15	31900	0,2638
8	Slowakei	Bratislav-skykraj	582	1792	19	24600	0,4327
9	Polen	Szczecinski	568	1893	19	81000	0,1928
10	Slowenien	Podravska	1042	1727	25	15900	k. A.
11	Slowenien	Goriska	1042	1727	25	1900	k. A.
12	Polen	Centralny Śląski	595	1893	19	139100	0,1828
13	Lettland	Zemgale	352	1879	15	20200	0,2638
14	Polen	Południo-woslaski	595	1893	19	91000	0,1828
15	Polen	Jelenio-gorsko-walbrzyski	606	1893	19	167100	0,1881
16	Polen	Radomski	881	1893	19	87000	0,2511
17	Slowenien	Pomurska	1042	1727	25	6000	k. A.
18	Polen	Ciechanow-skoplocki	881	1893	19	69000	0,2511
19	Polen	Lodzki	589	1893	19	87000	0,1690
20	Slowenien	Osrednje-slovenska	1042	1727	25	12400	k. A.
348	Westdt.	Berlin-West	2518	1660	38,7	129900	0,3748
360	Westdt.	Hamburg	2705	1660	38,7	56700	0,5008
456	Westdt.	Bremen	2535	1660	38,7	24300	0,4425
478	Ostdt.	Berlin-Ost	2518	1660	38,7	87800	0,3748
483	Ostdt.	Leipzig	2088	1660	38,7	35000	0,3218
540	Ostdt.	Delitzsch	2088	1660	38,7	10000	0,3218

Durchschnittswerte jeweils für Beschäftigte im Bereich Dienstleistung:
 1 in Euro pro Monat; 2 pro Jahr; 3 Bevölkerungsanteil der Beschäftigten.
 4 in Prozent. 5 absolute Zahl der Arbeitslosen aus der amtlichen Statistik.

Die angegebenen Kriterien sind nur eine Auswahl des gesamten Katalogs. Weitere Informationen zu Standortstudie und Methode finden Sie [hier](#).

Quelle: Contor GmbH.

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ist ausgehebelt:

Art. 20 Abs.1: *Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.*

Art. 20 Abs. 4: *Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*

Wie könnte Abhilfe aussehen, wie Widerstand?

Krieg

In der **Kundenzeitschrift „Sparkasse“** des deutschen Sparkassenverbandes erschien im **Dezember 1988** der Nachdruck eines Artikels, der bereits **1891**, in der gleichen Zeitschrift erschienen war. Dort hieß es:

»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben.« ... »So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen.

Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten

durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.«

Wir haben zweimal einen solchen Krieg erlebt. Wie weit sind wir von einem weiteren derartigen Krieg entfernt? Oder sind wir schon mittendrin (Afghanistan, Irak)?

Marx und Engels im Kommunistischen Manifest:

*„Ist die Ausbeutung des Arbeiters
durch den Fabrikanten*

*so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn
bar ausgezahlt erhält, so fallen*

die anderen Teile der Bourgeoisie

über ihn her, der

Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher

usw.“

Klaus Novy 1985 in: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft:

... Und damit sind die Ansatzpunkte der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Arbeiter auch schon genannt:

- Wohnungsbaugenossenschaften
- Konsumgenossenschaften
- Spar- und Kreditvereine, Hilfskassen.

In allen Fällen übernimmt die Gruppe der Mitglieder und Kunden als Gemeinschaft auch die andere Marktrolle:

Vermieter und Mieter, Händler und Kunde, Kreditgeber und Kreditnehmer sind „eins“ (Identitätsprinzip).

Ferdinand Lasalle:

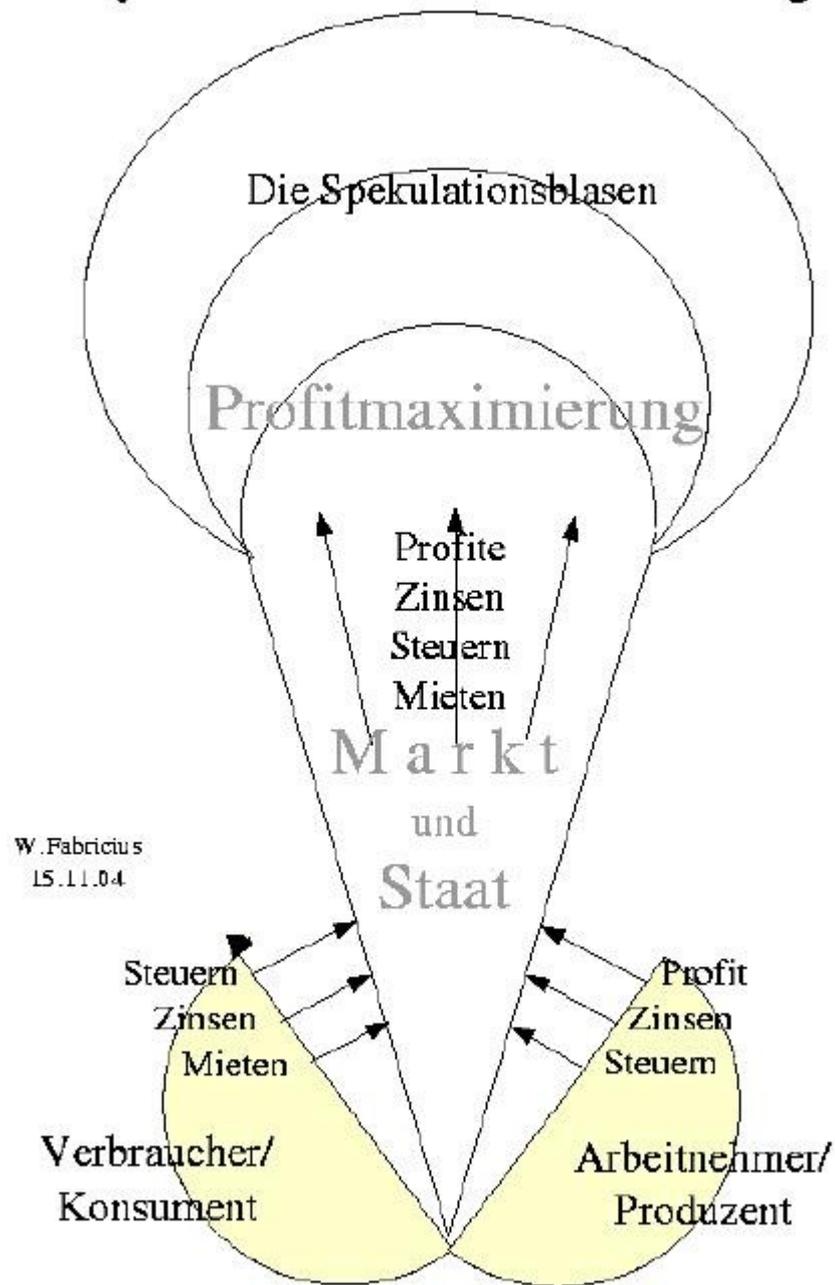
„Was nützen unter heutigen
Verhältnissen billige
Arbeiterwohnungen ?

Nichts, als dass sie,
wenn allgemein gewährt,
den Lohn herabdrücken.“

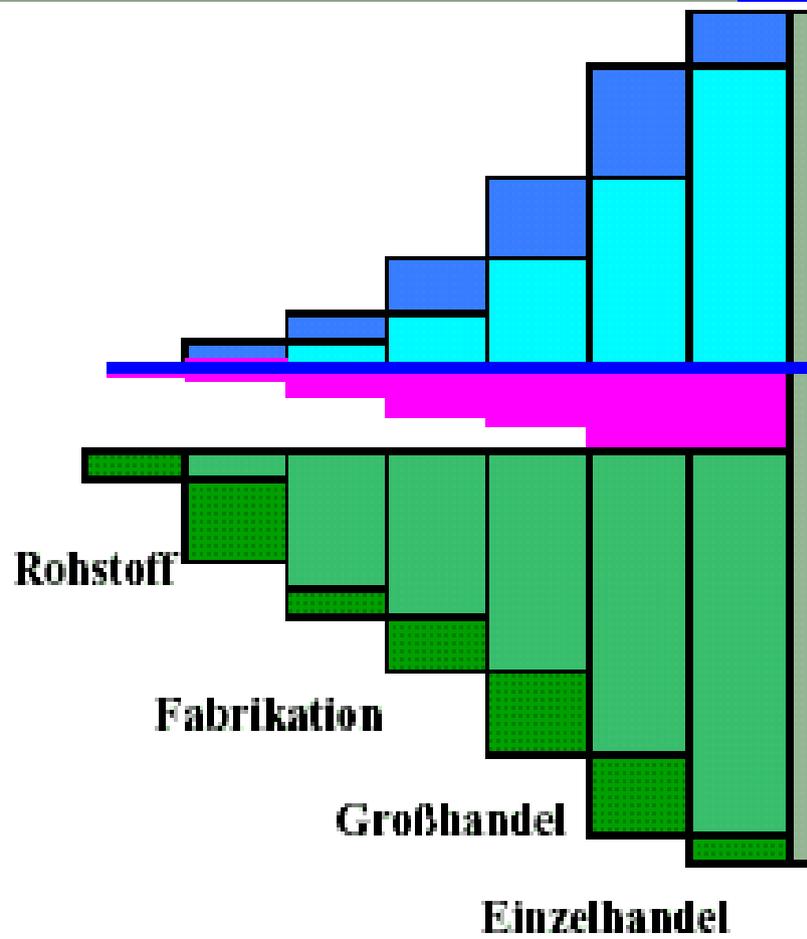
Robert Kurz 2001:

„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und **bis in den Intimbereich**. ... Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die **gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion** auf einer höheren Entwicklungsstufe **wiederherzustellen**, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen.“

Das System der Profitmaximierung



Der Kunde ist König, aber auch Schuldner, Steuerzahler und Arbeitgeber.



40 % Kapitalertrag (Zinsen/Mieten/Pacht)

13 % Steuern (indirekt)

47 % Arbeitsertrag (mit Unternehmerlohn)

Akkumulation der Kapital- und Arbeitskosten zuzüglich Steuern im

2002

Endverbraucherpreis

Landauer 1913 zu Genossenschaften:

Aber doch haben die Arbeiter, die ihren Konsum zusammengetan haben, schon

eigene Fabriken, Großbäckereien, Schlächtereien, eine Großeinkaufsgesellschaft mit eigenen Dampfern.

Wo kam das Geld her zu diesen vielen Grundstücken, Baulichkeiten, Fabriken und Maschinen? Sie haben ihre Kundschaft organisiert! Kundschaft ist Kredit; Kredit ist wirtschaftliche Macht ... die Arbeitgeber sind die Konsumenten, die Arbeitnehmer die Produzenten; und beides sind dieselben Personen, und es gibt keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr.

Gustav Landauer 1913 fordert den

„aktiven“ Generalstreik:

Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld?

Ihr habt Papiere?

Ihr habt Maschinen, die leer stehen?

Esst sie auf, tauscht sie untereinander,

verkauft sie euch gegenseitig -

macht was ihr wollt!

Oder - **arbeitet! Arbeitet wie wir.**

Denn **Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr**

bekommen.

Die brauchen wir für uns selbst.

Etwa um 1913 (zitiert nach Klaus Novy):
Strategiewechsel der großen
Schutzorganisationen der Arbeiterschaft:
vom abwehrenden Schutz
zum aufbauenden Wirtschaftskampf,
von der Kritik am Kapitalismus
zur „positiven Ökonomie“
sozialer Bewegungen.
Die Mieterschutzvereine gingen
zuerst diesen Weg

Erik Nölting stellt 1949 fest:

Adam Smith,

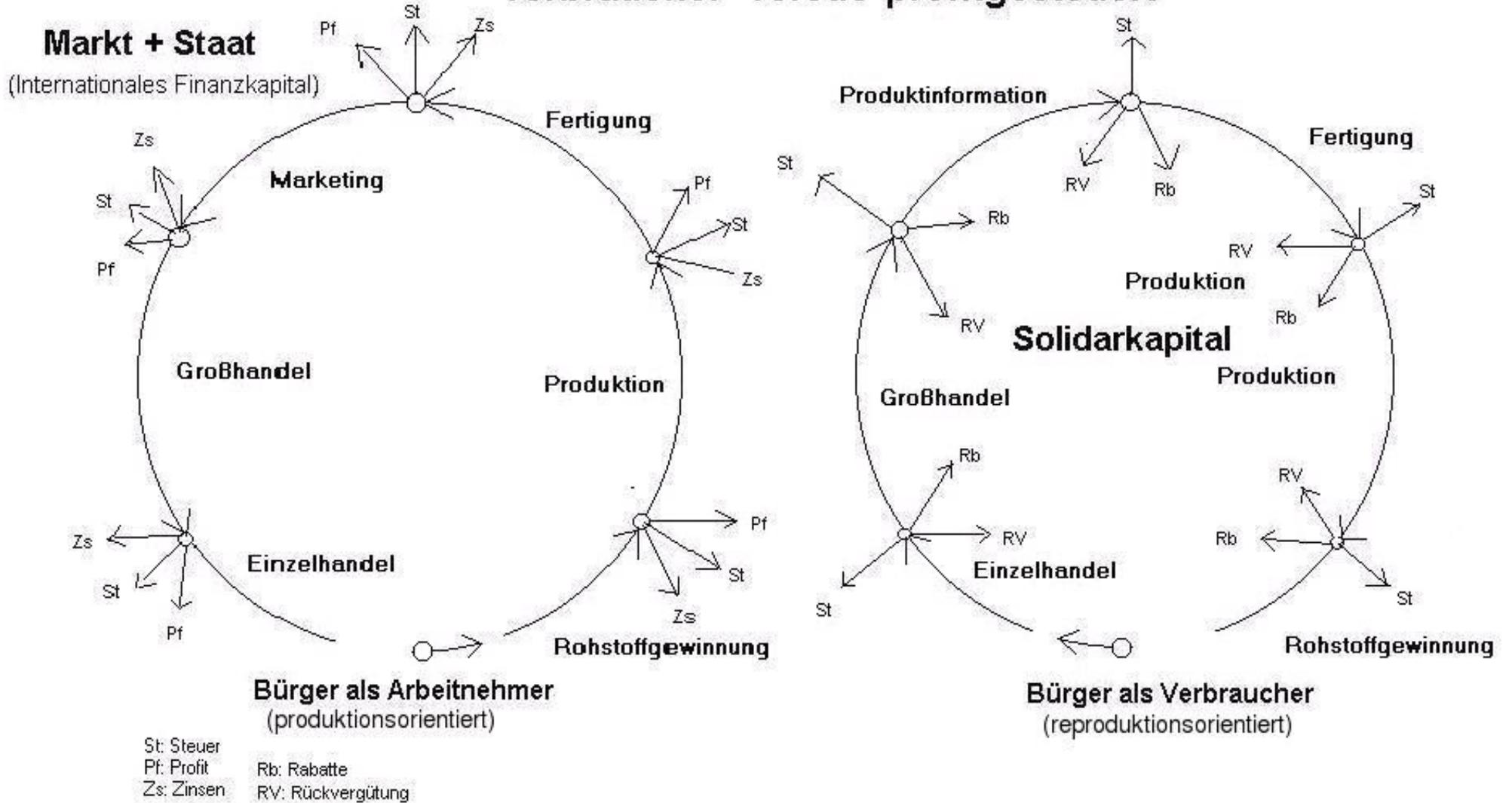
Urvater der Liberalen und Neoliberalen,
und sein Gegenpart,

Karl Marx,

sind sich zumindest
in diesem Punkt einig:

*„Aller Ertrag ... stammt aus der Arbeit,
die alleinige Quelle aller
wirtschaftlichen Werte ist.“*

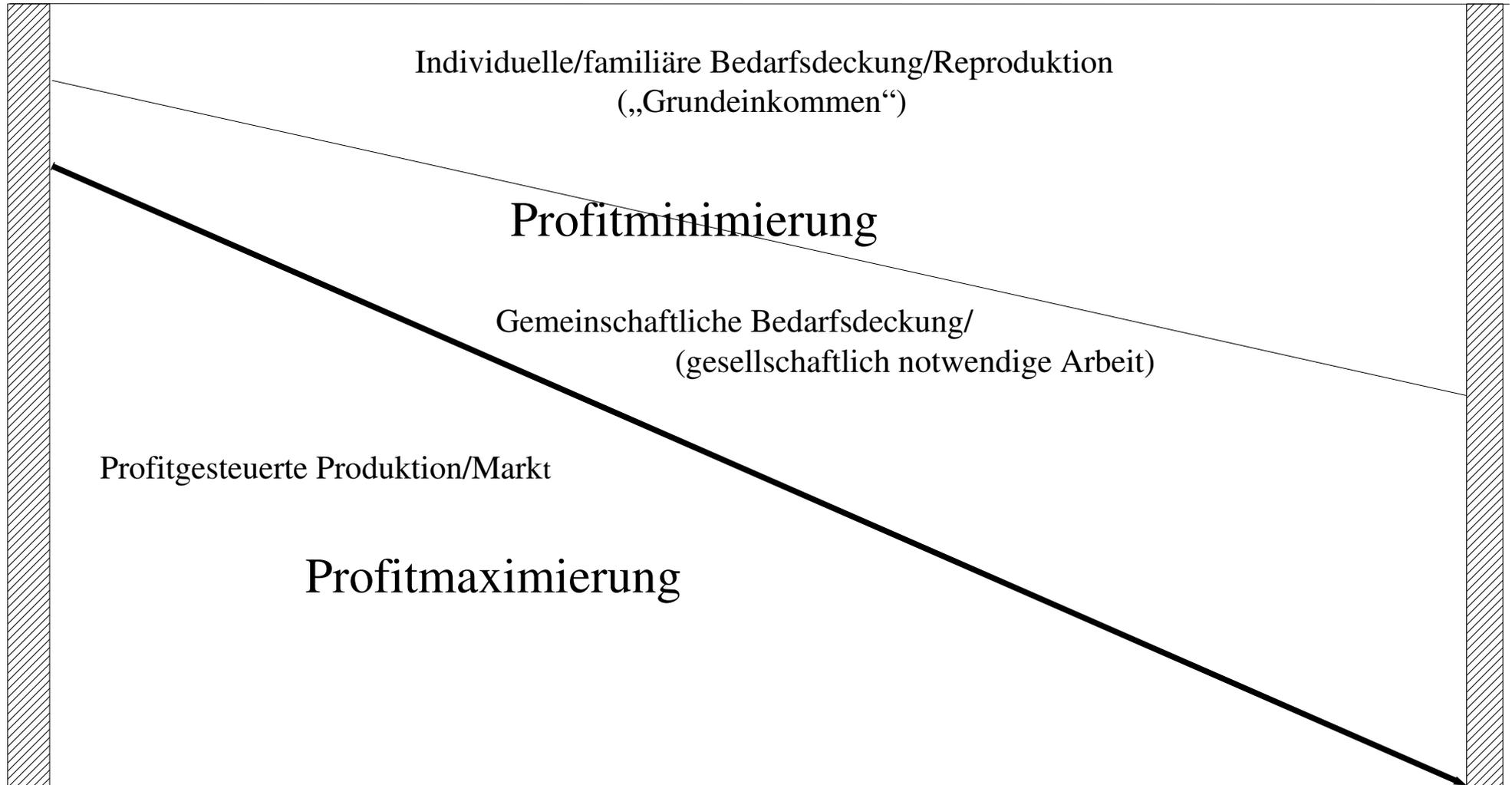
Regie über die Produktion - verbraucher- versus profitgesteuert



Entökonomisierung der Gesellschaft

2.4 Bio. EUR
BIP+„Schwarzarbeit“

2.4 Bio. EUR
BIP+„Schwarzarbeit“



2005

W.Fabricius, 25.08.2004

2055

Profitminimierung

Der Verbraucher will nicht nur von Profiten freie Produkte und Dienstleistungen, sondern auch sauberes Wasser, reine Luft, intakte Landschaften etc. also

keine Bedarfsweckung, Ex- und Hopp-Produktion,

Externalisierung der Kosten, Verschuldung, Exportüberschüsse

Kein Wachstum ohne eigene Arbeit: keine Zinsen, kein Mehrwert

Zielsetzung ist die individuelle Bedarfsdeckung jedes einzelnen

Die Regie über die Produktion liegt beim Verbraucher, nicht bei den Profiteuren

Identität von Verbraucher und Produzent auf gesellschaftlicher Ebene

Jeder ist angehalten, sich über gesellschaftlich notwendige Tätigkeiten Gedanken zu machen.

Genossenschaften in der BRD

Jahrgang		1960		1980		2000	
Typus		Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %
Kredit- und Banken	Unternehmen	11.676	43,0	4.267	36,5	2.053	22,9
	Mitglieder*	3.855	39,3	9.105	69,1	14.834	
Ländliche Waren-, Verwertungs- u. Dienstleistungen	Unternehmen	12.025	44,3	5.227	44,8	3.961	41,2
	Mitglieder*	2.016	20,5	1.555	11,8	970	
Gewerbliche u. Dienstleistung	Unternehmen	1.447	5,3	804	6,9	1.422	15,1
	Mitglieder*	257	2,6	232	1,8	260	
darunter Produktiven.	Unternehmen	(?) 50		28			
	Mitglieder						
Verkehrsgenossenschaften	Unternehmen	72	0,3	71	0,6		
	Mitglieder*	18	0,2	14	0,1		
Konsumgenossenschaften	Unternehmen	272	1,0	94	0,8	46	0,5
	Mitglieder*	2.585	26,3	665	5,0	880	
Wohnungsbaugenossenschaften	Unternehmen	1.653	6,1	1.217	10,4	2.002	20,3
	Mitglieder*	1.081	11,0	1.613	12,2	2.953	
Genossen. insgesamt	Unternehmen	27.145		11.680		7.000	
	Mitglieder*	9.812		13.184		20.000	

(*)=in 1000

Quelle: Deutsche Genossenschaftsbank (1984). Statistischer Teil und Deutsche Zentralbank (2000).

Kommission der Europäischen Gemeinschaften

Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, 2004:

In der Europäischen Union gibt es **mindestens 300.000 Genossenschaften**, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von **über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.**

Lenin: Über das Genossenschaftswesen, Januar 1923:

... nun wird vieles von dem, was an den **Träumereien** der alten Genossenschaftler phantastisch, ja sogar romantisch, ja **abgeschmackt** war, zur ungeschminkten Wirklichkeit.

... Man blickt bei uns auf die Genossenschaften von oben herab und begreift nicht, welche außerordentliche Bedeutung diese Genossenschaften haben, erstens von der prinzipiellen Seite her gesehen (das **Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen des Staates**), zweitens unter dem Gesichtspunkt des Übergangs zu neuen Zuständen auf einem Wege, der möglichst einfach, leicht und **zugänglich für den Bauern** ist.

... **Wenn der Genossenschaftler in ein Dorf** kommt und dort einen **Genossenschaftsladen** errichtet, so ist die **Bevölkerung, strenggenommen, daran nicht beteiligt**, gleichzeitig aber wird sie, vom eigenen Vorteil geleitet, schleunigst versuchen, sich daran zu beteiligen.

Franz Oppenheimers "Transformationsgesetz" von 1894

Produktivgenossenschaften waren (und sind) im Gegensatz zu den Verbraucher-/Konsumgenossenschaften **in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:**

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung aber nicht von ihren Mitarbeitern, die ja auch Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einnahmequelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten am Hals und standen sich schlechter als die „regulären“ Arbeitslosen. Sie mussten in praktisch allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.

2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, statt neue Mitglieder anzuwerben, Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten und hatten damit zwei unterschiedliche Mitarbeitergruppen („Eigentümer“ und Angestellte) mit den entsprechenden Auseinandersetzungen.

Das Märchen von der ungesunden Bevölkerungspyramide

Die folgende Graphik zeigt den Anteil der Kinder, der erwerbstätigen Bevölkerung und der Senioren über einen Zeitraum von 100 Jahren:



Quelle: Statistisches Bundesamt (BTX)

Die sogenannten Lohnnebenkosten

21% Arbeitgeberbeitrag
= 50% des SV-Beitrags

21% Arbeitnehmerbeitrag
= 50% des SV-Beitrags

Steuern +
Solidaritätszuschlag

Arbeitnehmerentgelt

Bruttolohn/-gehalt

Auszahlungsbetrag - Nettolohn/-gehalt

Arbeitnehmerentgelt nach Europarecht:
Artikel III-108 (2) des Entwurfs des Vertrags über eine Verfassung für Europa: *Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.*

Ahlener Programm der CDU (1947):

"Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.

Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine **Neuordnung von Grund auf** erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann **nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes** sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem **Recht und der Würde des Menschen** entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den **inneren und äußeren Frieden** sichert."

Planmäßige Leitung ist ein
"gefährliches Unternehmen, weil jeder Planwirtschaft nur zu
leicht die Verbürokratisierung und damit die
Erstickung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative
folgt. Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache,
dass jede Planwirtschaft nur zu leicht die harten Gesetze der
wirtschaftlichen Auslese der Besseren
und der
Vernichtung der Schwächeren aufhebt
oder zumindest einschränkt zugunsten einer Garantierung
der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts."

Die Mittelständler forderten die sofortige Auflösung der "marxistischen" Konsumgenossenschaften, was allerdings zu bedrohlichen Ernährungsengpässen geführt hätte. Der Angriff auf die Konsumgenossenschaften erfolgte also schrittweise auf mehreren Ebenen:

Das 1933 bereits erlassene Rabattgesetz reduzierte in § 5 die Rückvergütung auf den handelsüblichen Rabattwert von 3%,

es wurden regelrechte Beutezüge veranstaltet und überall Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften zerstört,

bereits zugesagte Kredite wurden gestrichen,

Neugründungen wurden verboten,

eine Konzessionspflicht wurde eingeführt,

Zentralen und Filialen der Arbeiterbank, der Volksfürsorge und eines Teils der Baugesellschaften wurden besetzt,

die demokratische Selbstverwaltung wurde durch das Führerprinzip ersetzt, d.h. Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von oben bestellt. (z.B.: Als sich Vorstände diesem Vorhaben widersetzen, marschierte eine Hundertschaft SA auf. Als die Anwesenden der Gewalt weichen wollten, wurden sie teilweise mit Waffengewalt daran gehindert, den Saal zu verlassen. Die entsprechende Neubesetzung von Vorstand und Aufsichtsrat war dann nur noch reine Formsache.)

in Pressekampagnen wurde der wirtschaftliche Bankrott unterstellt und einzelnen Genossenschaftlern persönliche Bereicherung vorgeworfen,

Einlagen mussten ausbezahlt werden,

das 1935 erlassene "Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften" schrieb vor, dass wirtschaftlich gefährdete Konsumgenossenschaften aufzulösen seien,

das Vermögen der ca. 1.500 Konsumgenossenschaften mit ca. 12.000 Läden, 400 Lagern, 300 Bäckereien, 60 Fleischereien und 200 sonstigen Betrieben wurde in das neu gegründete Gemeinschaftswerk der Deutschen Arbeitsfront überführt.

Gerhard Schwarz, MPS

(Chef des Wirtschaftsressort der Neuen Zürcher Zeitung, 1997):

"Die **zentrale Sorge der Mont Pèlerin Society** gilt ... der
Perversion des Wohlfahrtsstaates.

Er stellt für die meisten Mitglieder die aktuelle Herausforderung
überhaupt dar. **1947** kämpften die MPS-Mitglieder
gegen die Kontrolle der Güterproduktion,
heute kämpfen sie gegen die
Kontrolle der Einkommensverteilung.

Beide stellen gleichermaßen
gravierende Eingriffe in die Freiheit
dar. Und die Idee der Einflussnahme auf die Einkommensverteilung ... ist
so tief in das Bewusstsein der westlichen Staaten eingedrungen, dass
der Übergang von der Wohlfahrtsdiktatur ... zu einer freien, deregulierten
Gesellschaft ...
als fast so schwierig erscheint wie der Übergang vom Plan zum Markt."

... kamen wir zu dem Ergebnis,
dass sich das Soziale Netz auf
eine einzige Schlaufe reduzieren
lässt.



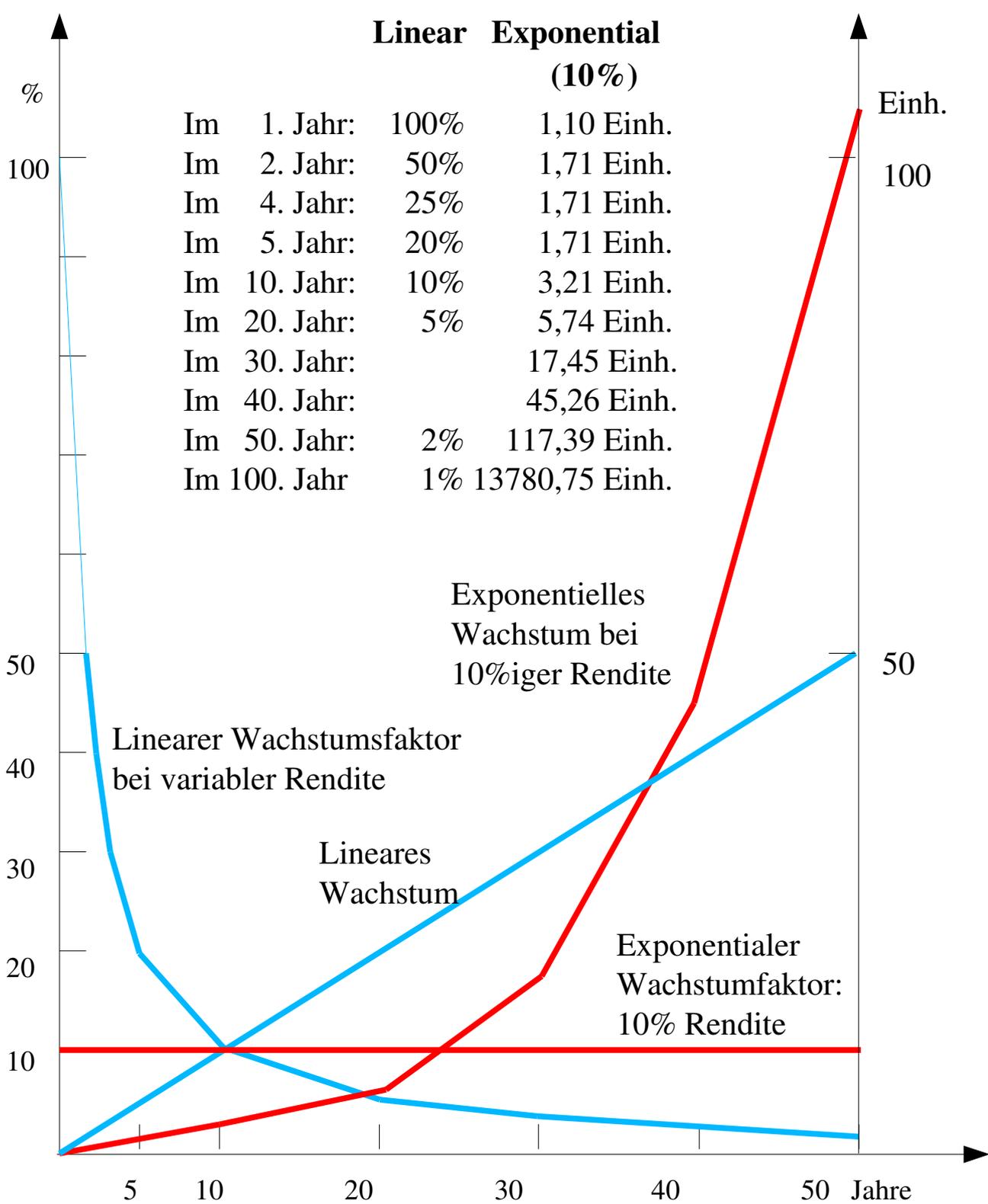
Netto-Kapitalrendite

*(bis 1991 Westdeutschland, ab 1991
Deutschland)*



Jahr	Nettokapitalrendite in %	
	Westdeutschland	Deutschland
1971	12,6	
1972	11,7	
1973	10,8	
1974	9,2	
1975	8,6	
1976	10,0	
1977	9,2	
1978	9,6	
1979	9,5	
1980	7,5	
1981	6,2	
1982	6,1	
1983	8,0	
1984	8,5	
1985	8,5	
1986	9,7	
1987	9,9	
1988	10,3	
1989	10,4	
1990	11,3	
1991	10,8	11,4
1992		10,2
1993		9,2
1994		10,1
1995		10,8
1996		10,4
1997		11,0
1998		11,4
1999		10,6

**Linear Exponential
(10%)**



Linearer Wachstumsfaktor
bei variabler Rendite

Exponentielles
Wachstum bei
10%iger Rendite

Lineares
Wachstum

Exponentieller
Wachstumsfaktor:
10% Rendite

Vergehen sich die im automatisierten Produktionsprozess
nicht mehr benötigten Bürger
– nach J. Rifkin 98% im Jahr 2020 –
auch am Eigentum der Aktionäre,
wenn sie ein würdevolles Leben führen wollen?

Leistungsloses Einkommen ist legal,
aber nicht legitim,
Schwarzarbeit ist legitim,
aber nicht legal

Michael Krätke und Karl Heinz Roth (Hrg.) in:
Bernhard Walpen: Die offenen Feinde und ihre
Gesellschaft (VSA 2004):

Nach einer kurzen Blütezeit in den sechziger
und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts erlebte
die politische Ökonomie in der Bundesrepublik
einen **gravierenden Terrain- und Niveauverlust**.
Wie nirgends sonst auf der Welt beherrscht seither
das Einheitsdenken der neokonservativen und
neoliberalen Orthodoxie die Lehrstühle, Medien-
redaktionen, dominiert die gesellschaftliche Debatte
und bestimmt die gesellschaftspolitischen Weichen-
stellungen.

Hartz-IV macht nur 1,1% des
Bruttoinlandsproduktes
(BIP) aus.

Was geschieht mit den
„restlichen“ 98,9% des BIP
Die Kapitalerträge machen
bereits das 30-fache
von Hartz-IV aus.